

mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 38



Feindbild Islam

Muslime in Österreich unter Druck

Islamgesetz

EIN SCHLAG INS GESICHT

Muslimische Zivilgesellschaft

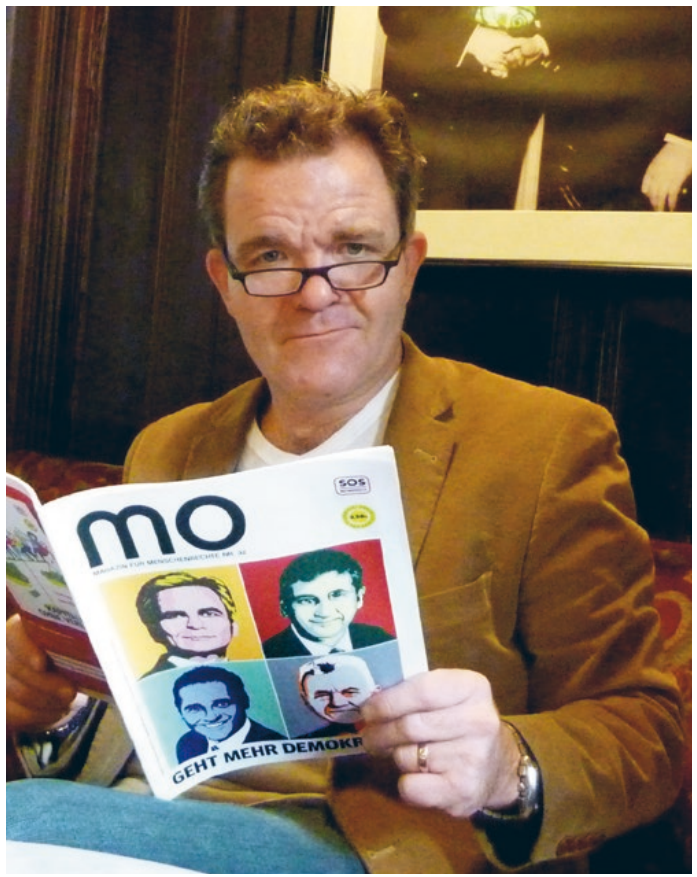
AUCH WIR HABEN ANGST

ÖVP-Abgeordneter El-Habbassi

POPULISTISCHE DEBATTE

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



Wie geht es MuslimInnen in Österreich?

D Liebe Leserin
Lieber Leser

Die optische Gestaltung dieser Ausgabe von MO sieht etwas anders aus. Wir haben uns damit kritisch auf die Coverpolitik des Magazins „profil“ bezogen, das den Islam auf irritierende Weise mit Gewalt („Was den Islam gefährlich macht“) und Bedrohungs-codes (ausradierte Gesichter eines traditionell gekleideten Paares – die Muslime als „Black Box“) in Verbindung bringt. Terroranschläge werden zum Anlass genommen, die Religion von Muslimen und damit 500.000 BürgerInnen Österreichs in die Nähe eines Generalverdachts zu rücken. Mehr dazu im Interview mit Univ.Prof. Rüdiger Lohlker in dieser Ausgabe. Dudu Kücükgöl von der Muslimischen Jugend hat jedenfalls recht, wenn sie ihren Kommentar über das Islamgesetz in dieser Ausgabe so betitelt: „Im Zweifel gegen Bürgerrechte“. Das vom Nationalrat beschlossene Gesetz bestätigt nun auf gesetzlicher Ebene noch einmal eine gesellschaftliche Realität: Muslime, egal ob praktizierend oder nicht, werden als BürgerInnen zweiter Klasse angesehen, deren religiöse Praxis und Vereine mit einem Mißtrauensvorschuß behandelt. Auch ein Interview mit dem ersten muslimischen ÖVP-Parlamentarier Asdin El-Habbassi in dieser Ausgabe erzählt von der Stimmung in diesem Land. Über Erfahrungen, die Familienangehörige gemacht haben, wollte El-Habbassi nicht mehr sprechen, wir haben das respektiert. Auch direkt an der Produktion dieser Ausgabe konnten wir einen gewissen Leidensdruck ablesen. Einige Texte für dieses Heft kamen nicht (mehr) zustande, AutorInnen wollten sich – aus Sorge – nicht mehr als MuslimInnen exponieren oder haben einfach genug von einer Diskussion, die vor allem in eine Richtung verläuft. Stimmen wie die von Deutschlands Innenminister Thomas de Maizière oder Frankreichs Präsident François Hollande, vermisst man in Österreich. Sie erklärten ohne Umschweife, dass der Islam ein Teil ihres Landes ist. In Österreich äußerte sich Reinhold Mitterlehner als einer der wenigen in dieser Weise. Die Gründung des Netzwerks Islamische Zivilgesellschaft ist jedenfalls kein Zufall – die Basis ergreift das Wort.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Daniel Shaked

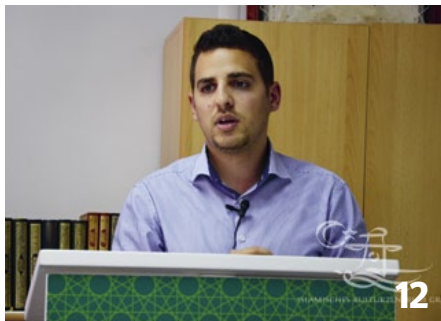


Foto: Islamisches Kulturzentrum Graz



Foto: Magdalena Blaszcuk

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Eine Demokratie ohne Muslime ist nicht möglich.
Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Feindbild Islam

8 AUCH WIR HABEN ANGST

Mihrican Topal und Ibrahim Yavuz vom Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft über verschärfte Verhältnisse in Österreich.
Interview: Clara Akinyosoye

12 DANN WIRD ES PROBLEMATISCH

ÖVP-Parlamentarier Asdin El-Habbassi über seinen Namen als Gesprächsthema, Rechtspopulismus und transparente Moscheen.
Interview: Nermin Ismail

15 IM ZWEIFEL GEGEN BÜRGERRECHTE

Das Islamgesetz ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich Österreich zugehörig fühlen.
Kommentar: Dudu Kücükgöl

16 MAN HAT UNS ÜBER DEN TISCH GEZOGEN

Islamische Vereine werden mit dem Islamgesetz auch gesetzlich unter Generalverdacht gestellt.
Text: Rusen Timur Aksak

19 MEDIEN-ÖKONOMIE

Wie die Sparschweine von Banken immer wieder im Namen des Islam gestorben sind.
Text: Stefan Niggemeier

20 WIR BEFINDEN UNS IN EINEM TEUFELSKREIS

Rüdiger Lohlker, Professor für Islamwissenschaften, über den Lego-Islam der Medien sowie Dschihadisten und Islamkritiker als zwei Seiten einer Medaille.
Interview: Gunnar Landsgesell

25 INTEGRATIONS-RHETORIK

Warum das gesellschaftliche Ganze eine Lüge ist.
Text: Richard Schubert

26 „DER PROBIERT ETWAS AUS“

Der Sozialarbeiter Fabian Reicher warnt davor, 15-Jährige gleich als Nazis und Dschihadisten zu labeln.
Interview: Ali Cem Deniz

28 POPULISMUS ODER ERSTE HILFE?

Seit Dezember hat Österreich eine Beratungsstelle für Extremismus im Familienministerium.
Text: Markus Lust

29 IMPRESSUM

30 ISLAMLEHRER IM BURNOUT

Ein islamischer Religionslehrer berichtet vom Alltag an einem Wiener Gymnasium. Jetzt ist er krankgeschrieben.
Bericht: Murat Hirsekorn

32 KOPFTUCH, KIPPA, KREUZ

Der Imam Ramazan Demir und Rabbiner Schlomo Hofmeister über FPÖ-Mythen und den Druck der Mehrheitsgesellschaft.
Interview: Alexander Pollak, Gunnar Landsgesell

Rubriken

36 HASS - GESCHÜTTELT UND GESCHÜRT

Johann Gudenus in Groß-Enzersdorf.

37 NEUES VON DER BOCK

„Dann werd' ich eh schon fliegen können.“ Frau Bock zwischen Rehab und Arbeit.

38 KOLUMNEN

Martin Schenk über Gemeinschaft und Gesellschaft
Philipp Sonderegger über Trends in Policing
Clara Akinyosoye über Integration durch Tafellöschchen

41 SPOTLIGHT

Wie die Identitären altes Gedankengut neu aufwärmen.
Text: Clara Drexler

45 SOS MITMENSCH

Pass egal Wahl und Kunstauktion

46 ANDERE ÜBER...

AI-Chef Heinz Patzelt über das Totalversagen der EU-Flüchtlingspolitik in der Syrienkrise.



WENN WERTE MIT FÜßEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.
IBAN: AT 876 000 000 093 000 550 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendeausweises und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



Kontakt
Tel: 059 808
service@oebv.com
www.oebv.com

Bestens versichert? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung

- > Bei uns sind Sie mit Sicherheit in besten Händen
- > Wir sind die Versicherung für den öffentlichen Sektor
- > Unsere Angebote richten sich aber an alle



Was kostet dein Tag?

Mit 100 Punkten
die Welt verbessern



- Foodsharing
- Food Coop
- Wwoofen
- Autofasten
- Voluntourism



eingutertag.org residenzverlag.at

SCHARF.NET



Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00-18.30 Uhr
Sa 10.00-17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at



GEWALTFREI LEBEN

KAMPAGNE ZUR VERHINDERUNG VON GEWALT AN FRAUEN UND KINDERN

0800 222 555

Frauenhelpline gegen Gewalt

www.gewaltfreileben.at

Co-funded by
the European Union



Autonome Österreichische
FRAUENHÄUSER



BUNDES
JUGENDVERTRETUNG



BM | **BF**

TEILHABE

Keine Demokratie ohne Muslime

Die politischen Versäumnisse bei der Anerkennung von MuslimInnen treffen nicht nur diese selbst, sondern unsere gesamte Demokratie.

Kommentar: Alexander Pollak

Auch auf dreimaliges Nachfragen von ZIB-2-Moderator Armin Wolf wollte Bundeskanzler Werner Faymann den Satz „Der Islam gehört zu Österreich“ nicht aussprechen. Stattdessen sagte er: „Der Islam ist eine Religion einer anerkannten Glaubensgemeinschaft in Österreich. Man kann sich aussuchen, welche Religion man hat. Man kann sich auch aussuchen, überhaupt keiner Religion anzugehören. Und mir ist es wichtig, dass der Respekt sich in der Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften dem Staat gegenüber ausdrückt, dass aber die Rechtsstaatlichkeit, die Wertehaltung einer Demokratie völlig außer Frage steht.“ Nichts von dem, was Faymann sagte, war falsch. Die Betonung von Rechtsstaatlichkeit als übergeordnetes Prinzip ist ein wichtiger Punkt. Und dennoch hätte der Kanzler andere Worte finden müssen. Es wäre ein Gebot der Stunde gewesen, ein klares Statement der Anerkennung der MuslimInnen in Österreich abzugeben. Er hat diese Gelegenheit fahrlässig verstreichen lassen. Auch Integrationsminister Sebastian Kurz hat sein ansonsten gut ausgeprägtes politisches Gespür im Stich gelassen, als es um das Islamgesetz ging. Jahrelang wurde mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft verhandelt, ohne zu merken, dass diese abgekoppelt von der muslimischen Basis agierte. Als dann plötzlich Widerstand dieser Basis

aufkeimte, hielt die Regierung nicht inne, sondern peitschte das Gesetz mit panischer Eile durch den Ministerrat. Ein verheerendes Signal.

Wenige Wochen darauf eröffneten die Landeshauptleute Franz Voves und Hans Niessl im Gefolge der Anschläge von Paris eine Debatte über die Bestrafung von „Integrationsunwilligkeit“. Auf der Suche nach „griffigen“ Beispielen für „Unwilligkeit“ wurde mit dem Finger auf muslimische Buben und Mädchen und deren Eltern gezeigt. Es wurde suggeriert, dass MuslimInnen erst beweisen müssten, dass sie in Österreich überhaupt eine Existenzberechtigung haben.

Anerkennung oberste Priorität

Tatsache ist jedoch: MuslimInnen sind aus Österreich nicht wegzudenken. Österreich ohne MuslimInnen wäre nicht das Österreich, wie wir es kennen und schätzen. Wer hier lebende Menschen allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit angreift, greift unsere Gesellschaft als Ganzes an. Das hätte die österreichische Politik längst klarstellen müssen. Dass sie das nicht getan hat, ist ein schweres Versäumnis.

Verstärkt wird es durch eine undifferenzierte Medienberichterstattung, die vielfach von „dem Islam“ als Einheit spricht. Dass es unterschiedlichste Strömungen im



Illustration: Petja Dimitrova

sehr breiten islamischen Spektrum gibt, wird ignoriert. Dieselben Medien kämen nie auf die Idee, die evangelische Kirche für das katholische Zölibat verantwortlich zu machen. Oder alle ChristInnen oder auch nur alle KatholikInnen aufgrund der Fälle von sexualisierter Gewalt durch katholische Priester unter Generalverdacht der Ausübung sexualisierter Gewalt zu stellen. Was ist also zu tun? Die Anerkennung von MuslimInnen als gleichberechtigte BürgerInnen in Österreich muss zu einer politischen Priorität der Bundesregierung und der Landesregierungen werden. Die antimuslimischen Kampagnen, die es von einzelnen politischen Gruppierungen weiterhin geben wird, müssen scharf zurückgewiesen werden.

Darüber hinaus braucht es in der Öffentlichkeit eine differenzierte Sicht auf unterschiedliche Strömungen, die sich auf den Islam berufen. Debatten über Fundamentalismus und religiöse Gewaltgruppierungen sind so zu führen, dass sie diejenigen vereinigen, die solche Strömungen ablehnen, anstatt, wie bisher oftmals der Fall, Menschen nach Herkunft und Religionszugehörigkeit auseinanderzuidividieren.

Allen muss klar sein: Ohne volle Anerkennung und Teilhabe der hier lebenden MuslimInnen ist Österreich keine funktionierende Demokratie.



WIR HABEN AUCH ANGST

Mihrican Topal und Ibrahim Yavuz vom neu gegründeten „Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft“ erleben vermehrt Alltagsdiskriminierung sowie mangelnden Rückhalt der Politik. Sie glauben: Wenn Sebastian Kurz und andere PolitikerInnen von Strafmaßnahmen bei „Integrationsunwilligkeit“ reden, brauchen wir keine PEGIDA.

Interview: Clara Akinyosoye

Fotos: Daniel Shaked

In den vergangenen Monaten gab es Attacken auf Frauen mit Kopftuch, Moscheen wurden beschmiert und Schweineköpfe dort abgelegt. Kann man sich als MuslimIn in Österreich noch sicher fühlen?

Yavuz: Die Atmosphäre ist angespannt, und die Situation verschärft sich immer mehr. Kopftuchtragende muslimische Frauen sind in erster Linie von Attacken betroffen. Sie werden schnell als Musliminnen wahrgenommen.

Topal: Es gibt ein berechtigtes Unwohlsein. Die Attacken zeigen, dass es ein gewisses Sicherheitsrisiko gibt. Muslimische Frauen überlegen sich fünf Mal, ob sie in der Dunkelheit noch einmal rausgehen. Sie fühlen sich sicherer, wenn sie mit Begleitung nach Hause gehen. Wir haben noch keine bürgerkriegsähnlichen Zustände, aber vor einem Dreivierteljahr war es wesentlich sicherer.

Herr Yavuz, Sie kommen aus Deutschland, einem Land, in dem PEGIDA seinen Anfang genommen hat. Ist das Klima für MuslimInnen dort besser oder schlechter?

Yavuz: Es ist tragisch zu sehen, dass sich so was wie PEGIDA in Deutschland entwickelt hat. Mittlerweile glaube ich aber, dass die Situation dort angenehmer ist als in Österreich. In Deutschland bekennt sich auch

die Regierung dazu, dass MuslimInnen zu Deutschland gehören. Da kann sich Österreich politisch gesehen etwas abschauen.

Kanzlerin Angela Merkel, auch Innenminister Thomas de Maizière sagten ganz klar: Der Islam gehört zu Deutschland. Und in Österreich?

Topal: Es hätte mich gefreut, wenn Werner Faymann das ohne zu zögern gesagt hätte. In Deutschland ist die Situation anders: PEGIDA ist eine Bürgerbewegung. In Österreich mobilisieren sie nur wenige Leute. Wozu auf die Straße gehen, wenn ich es auf meinem Wahlzettel auch sagen kann? Wenn Sebastian Kurz und andere PolitikerInnen von Strafmaßnahmen bei Integrationsunwilligkeit reden, brauchen wir keine PEGIDA.

Wie stark ist die Alltagsdiskriminierung, mit der MuslimInnen in Österreich konfrontiert sind?

Topal: Frauen werden oft diskriminiert, Menschen gehen davon aus, sie könnten kein Deutsch, und schreien sie einfach an. In der U-Bahn passiert viel, obwohl dort immer viele Menschen sind. So weit ist es schon, dass man sich nicht mehr geniert, jemanden in der Menge anzuschreien. Wir hören aber auch viel über physische Angrif-

fe – auch am helllichten Tag. Am Arbeitsmarkt hat man mit Kopftuch viel weniger Chancen. Da wäre der Integrationsminister, wenn er nicht gerade mit dem Ausland beschäftigt ist, gefragt, eine Initiative zu starten.

Yavuz: Das kann bei MuslimInnen auch zu Ehrgeiz führen und dazu, dass sie noch ein Studium anhängen. Aber leider sieht man schon seit Langem die Entwicklung, dass auch junge Menschen frustriert sind und daran denken, wegzuziehen. Raus aus Österreich, aber auch raus aus Europa. Langfristig gedacht schadet das Österreich.

Als Sebastian Kurz vor vier Jahren Integrationsstaatssekretär wurde, gab es anfänglich viel Kritik, danach mehrheitlich Lob – auch von jungen MuslimInnen. Jetzt hört man wieder kritische Töne. Was hat sich für Euch seit der Islamgesetz-Debatte geändert?

Topal: Ich habe zu einer Minderheit gehört, die von Anfang an sehr kritisch war. Ich habe es aber schon als einen kleinen Sprung empfunden, als er gesagt hat, man könne ÖsterreicherIn und muslimisch sein – ein Novum in der österreichischen Politik. Ich sehe aber eine Enttäuschung in der muslimischen Community. Man hat ihn als einen Freund empfunden. Er war ja auch

ZUR PERSON

Mihrican Topal

Mihrican Topal, 27, ist diplomierte Wirtschaftstreuhand-Assistentin. Die Wienerin ist seit der Gründung Ende 2014 im Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft engagiert.

da, er war in den Moscheen; es war ein natürliches Miteinander. Mit dem Islamgesetz und den jüngsten Sagern hat er für viel Irritation gesorgt.

Man hat das Gefühl, die Fronten sind so verhärtet, dass es zu einem Bruch zwischen MuslimInnen und Regierung gekommen ist.

Yavuz: Kurz hat sein großes Misstrauen gegenüber den MuslimInnen ausgesprochen. Die Meinung der MuslimInnen zum Islamgesetz war relativ irrelevant für ihn. Das Gesetz wird durchgeboxt. Es wird bestimmt AkteurInnen geben, die demnächst wieder kooperieren werden. Aber wenn so ein Misstrauen da ist, kann man nicht sagen: Schwamm drüber.

Topal: Da muss man zwischen Basis und EntscheidungsträgerInnen unterscheiden. Die Basis ist sehr enttäuscht. Ich sehe ein Aufwachen. Man sieht, er ist doch nicht unser Freund. Er hat uns immer schön angelächelt, aber ja ... Als wir ihn gefragt haben, was passiert, wenn MuslimInnen angegriffen werden, war viel Zurückhaltung. Und damit hat er schon verloren.

Seit den Attentaten von Paris mehren sich Schlagzeilen, in denen der Islam mit Gewalt in Verbindung gebracht, mitunter auch gleichgesetzt wird. Wie nehmt ihr das wahr?

Yavuz: Ich sehe keine Differenziertheit in der österreichischen Gesellschaft. In den Mainstream-Zeitungen werden Islamismus oder Terrorismus einfach unter Islam zusammengefasst.

Topal: Das ist verantwortungslos. Vor allem von jenen Medien, die nach „Charlie Hebdo“ Aufklärung und Menschenrechte skandiert haben. Es gehört nicht zu den Werten der Aufklärung, zu hetzen. Es ist eine Perversion im Namen der Meinungsfreiheit Menschen aufeinander zu het-



Topal: Am Arbeitsmarkt hat man mit Kopftuch viel weniger Chancen. Da wäre der Integrationsminister gefragt, eine Initiative zu starten.

zen. Das geht so weit, dass MuslimInnen im persönlichen Diskurs nichts mehr geglaubt wird. Es ist so, als würden alle Muslima anstreben – wie die Medien es nennen –, „Dschihad-Bräute“ zu werden.

Yavuz: Es schwingt oft mit, dass wir eh gut damit leben können, was passiert ist. Das stimmt aber nicht! Wenn die Bevölkerung Angst hat, heißt das ja nicht, dass wir kei-

ICH SEHE EIN AUFWACHEN DER BASIS.

ne Angst haben. Es sind zum Beispiel in Deutschland und Schweden Moscheen abgebrannt, und trotzdem ist die Berichterstattung darüber nicht nennenswert.

Topal: Natürlich haben wir auch Angst. Nehmen wir an, die ISIS wäre hier, ich wäre die Erste, die geköpft würde. Es wird nicht berichtet, dass MuslimInnen eigentlich die ersten und größten Opfer sind. Über ein Jahr haben Muslime jeden Sonntag am Stephansplatz gegen den Syrien-Krieg demonstriert, das hat niemanden interessiert. Und jetzt werden Vorwürfe laut: Ihr demonstriert nicht, ihr distanziert euch nicht.

Durch den IS-Terror stehen auch Musli-

mInnen hierzulande vermehrt im Blickpunkt. Wie massiv hat sich der Erklärungsdruck verstärkt?

Topal: Zu 150 Prozent. Der Generalverdacht in der Schule ist noch stärker zu spüren, berichten uns LehrerInnen im Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft.

Yavuz: Innermuslimisch wird viel darüber diskutiert, was man dagegen machen kann. MuslimInnen werden politischer. Das waren sie davor überhaupt nicht. Das ist jedenfalls eine positive Entwicklung. Wir haben uns im Netzwerk überlegt, ob wir nicht Selbstverteidigungskurse organisieren sollten, vor allem für muslimische Frauen.

Habt ihr das Gefühl, ihr müsst den Leuten die Angst vor MuslimInnen nehmen?

Topal: Nein. Wie auch? Es sollte weniger über den Islam geredet werden. Für mich ist der Islam eine Lebensquelle. Der Islam ist eine ganz normale Religion. Ich glaube nicht, dass wir noch mehr aufklären müssen. Das Verhältnis muss endlich normalisiert werden.

Yavuz: Viele muslimische Jugendliche teilen sich selbst so eine Aufgabe zu. Man erklärt es ja gern, wenn man mit Freunden zusammensitzt, solange man das Gefühl



Yavuz: Das Netzwerk wurde gegründet, weil das Islamgesetz über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wurde.

hat, diese Person fragt aus Neugier. Aber nicht, wenn man in eine Verhörsituation kommt. Es muss aber nicht immer darum gehen, dass ich Muslim bin. Es ist irgendwie auch beschämend, wenn eine Mathematiklehrerin nicht als Lehrerin wahrgenommen wird, sondern „nur“ als Muslimin.

Topal: Die schlimmste Form des Generalverdachts ist, dass dir deine Persönlichkeit abgesprochen wird; als würden sich 500.000 MuslimInnen in Österreich in keiner einzigen Eigenschaft voneinander unterscheiden.

Mehr als 150 Menschen aus Österreich haben sich der IS angeschlossen – für viele Menschen ein Zeichen gescheiterter Integration. Welche Bedeutung haben diese jungen MuslimInnen für euch?

Topal: Es ist um jeden Jugendlichen schlimm. Das Leben dieser Menschen ist verloren. Was machen wir falsch, dass Menschen in Europa so verzweifelt sind? Ich sehe das nicht als ein österreichisches oder islamisches, sondern als ein gesamtgesellschaftliches, europäisches Problem.

Yavuz: Es wäre in solchen Situationen, wo Minderheiten unter Druck gesetzt werden, außerdem klüger, die Minderheiten

in Schutz zu nehmen, als zusätzlichen politischen Druck aufzubauen. Die Energie, die etwa in die Diskussion des Islamgesetzes investiert wird, könnte für die Vorbeugung und Präventivarbeit verwendet werden. Es gibt soziale Ungerechtigkeit, Probleme mit dem sozialen Aufstieg, Frust und Elend. Gesamtgesellschaftliche Problematiken wie die Alterung der Bevölke-

ES WIRD INNERISLAMISCH VIEL DISKUTIERT.

rung oder Arbeitslosigkeit werden gerne auf Minderheiten projiziert.

MuslimInnen wird mitunter vorgeworfen, sie würden sich in der Opferrolle gefallen. Gibt es von Seiten der MuslimInnen zu wenig Selbstkritik?

Topal: Es wird viel diskutiert und reflektiert. Die theologischen Diskussionen sind facettenreich. Die anderen kriegen das nicht mit, weil sie nicht bei uns sind. Es muss aber auch ok sein, wenn das intern bleibt. Wer, wenn nicht MuslimInnen, soll denn entscheiden, was der Islam ist und was nicht?

ZUR PERSON

Ibrahim Yavuz

Ibrahim Yavuz, 25, in Hanau bei Frankfurt/Main geboren, ist Master-Student der Orientalistik an der Uni Wien und Mitinitiator des „Netzwerks Muslimische Zivilgesellschaft“. Das Netzwerk ist ein loser Verband von MuslimInnen unterschiedlicher islamischer Konfessionen.

Yavuz: Innermuslimisch wird viel diskutiert. Das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft ist gegründet worden, weil das Islamgesetz von den politischen EntscheidungsträgerInnen und muslimischen VertreterInnen über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wurde. Wir haben das sehr stark kritisiert. Natürlich war das unerwünscht von der politischen Führung der Muslime, aber sie müssen endlich lernen damit umzugehen.

Topal: Wenn kopftuchtragende Musliminnen angegriffen werden und sie davon berichten, dann ist das keine Opferrolle, in der sie sich wohl fühlen und sich ausruhen. Man muss Probleme aussprechen, um sie zu lösen. Das weiß jedes Ehepaar.

Yavuz: Oft werden dann auch Staaten wie Saudi-Arabien zum Thema gemacht. Dort haben Andersgläubige gar keine Rechte, also sollen wir froh sein, dass wir ein paar Rechte haben. Und man schämt sich nicht mal, solche Vergleiche anzustellen. Wo wollen wir uns denn hin entwickeln?

Topal: Der Gesellschaft ist nicht bewusst, was sie einem einzelnen Menschen aufbürdet. Du musst die 1.400-jährige Islamgeschichte rechtfertigen. Es gibt über 50 islamische Länder auf diesem Planeten, für alle bist du verantwortlich. Ein ehrlicher Diskurs fehlt, denn man weiß, dass die meisten MuslimInnen ein Problem mit den Wahhabiten haben und traurig darüber sind, dass die heiligsten Städte von den Saudis verwaltet werden. Ich lebe in Österreich. Also reden wir nicht über Saudi-Arabien. Reden wir bitte über die Hypo.

Kurz vor Redaktionsschluss kündigte das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft eine Verfassungsklage gegen das Islamgesetz an – und die Bereitschaft, bis zum Europäischen Gerichtshof zu gehen. Mehr Infos unter: www.dieanderen.net

„DANN WIRD ES PROBLEMATISCH“

Asdin El-Habbassi, Nationalratsabgeordneter der ÖVP,
über Rechtspopulismus, Islam und österreichische Identität
sowie die Transparenz in Moscheen.

Interview: Nermin Ismail

Herr El-Habbassi, werden Sie manchmal von Kollegen auf Ihren Namen angesprochen?

Ja, mein Name ist immer wieder ein interessanter Anknüpfungspunkt für Gespräche, aber nie im negativen Sinne. Das einzige Beispiel ist medial bekannt. Ursula Stenzel hat 2013 meine Kandidatur kritisiert. Ansonsten erlebe ich die Gespräche als Bereicherung und nicht als Nachteil.

Sie sagten in Interviews rund um Ihre Kandidatur, dass Ihre Partei hinter Ihnen steht und dass Ihr Glaube nie Thema war. Wie ist das in Zeiten, in denen IS und Dschihadismus die Schlagzeilen dominieren?

Die Vorkommnisse der letzten Monate haben dazu geführt, dass der Glaube an sich immer öfter Thema ist. Weniger in der Partei, aber außerhalb, leider auch in Form von Unverständnis oder negativen Sichtweisen. Ich glaube aber, dass gerade diese Diskussionen zeigen, wie wichtig Werte wie Meinungsfreiheit und Pressefreiheit sind und dass zu diesen Freiheiten auch die Glau-

bensfreiheit gehört. Diese Werte sollten nicht verletzt werden. Es ist ganz wichtig, dass diese Freiheiten alle denselben Stellenwert haben und wir sie nicht gegeneinander ausspielen. Das fände ich schade. Wir haben in Österreich vor Kurzem noch einen sehr positiven, fruchtbaren Dialog zwischen verschiedenen Religionen und Weltanschauun-

WIR HATTEN VOR KURZEM NOCH EINEN SEHR FRUCHTBAREN DIALOG ÜBER RELIGIONEN.

gen geführt. Österreich ist ein Paradebeispiel für echte Glaubensfreiheit und vertritt trotzdem ein klares Bekenntnis zur Trennung von Staat und Religion. Die Stimmung im Moment macht mir aber mehr Sorgen, weil sie den Nährboden für Radikalismus schürt. Da müssen wir sehr achtsam sein.

Wir hören immer wieder von Übergriffen auf kopftuchtragende Frauen. Was sagen Sie dazu?

Das habe ich mit dem Nährboden für Radikalisierung gemeint: Sie richtet sich einerseits gegen Menschen mit einem bestimmten Glauben oder einer bestimmten Herkunft, andererseits auch gegen Grundwerte wie Meinungs- und Pressefreiheit. Das ist genau meine Sorge. Eine Gesellschaft, die auf Freiheit beruht, zeichnet sich dadurch aus, wie sie damit umgeht. Da ist es besonders wichtig, dass man Courage zeigt, egal in welche Richtung. In unserer Gesellschaft ist kein Platz für eine radikale, menschenfeindliche Gesinnung und das gilt für jede Richtung, links- oder rechtsradikal oder auch mit einem Glauben verbunden. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass man hier keine Toleranz für Intoleranz hat. Und natürlich müssen wir uns auch Problemen, die es durch unterschiedliche gesellschaftliche Vorstellungen und Zuwanderung gibt, stellen. Das zu ignorieren wäre ein großer Fehler.

Was sind Ihrer Ansicht nach solche Probleme?



ISLAMISCHES KULTURZENTRUM GRAZ

Würden Moscheen, die öffentlich zugänglich sind wie in Wien oder in Telfs, auch in anderen Städten existieren, dann wäre das viel transparenter.

Es geht einerseits darum, Vorurteile abzubauen – da gibt es viele, gerade auch gegenüber dem Islam. Auf der anderen Seite gibt es natürlich Probleme mit fehlenden Sprachkenntnissen oder „Integrationsunwilligkeit“, auch wenn ich den Begriff nicht mag. Oft haben wir es auch mit Ängsten zu tun, vor allem in der älteren Bevölkerung. Ich kann die Sorgen einer älteren Dame nachvollziehen, die vielleicht seit Jahrzehnten in ihrer Siedlung wohnt und plötzlich damit konfrontiert ist, dass sie ihre Nachbarn nicht versteht, weil die Umgangssprache vielleicht nicht mehr Deutsch ist. In Kombination mit Schauergeschichten, die oft durch die Medien geistern, ist das gefährlich. Darum ist es so wichtig, dass wir daran arbeiten, die deutsche Sprache zu stärken.

Was erwarten Sie von der muslimischen Community?

Ich halte es für wichtig, dass sie sich weiter für die Zivilgesellschaft öffnet. Es sollte möglich sein, sich ein Bild von Moscheen

und den Vereinen zu machen. Es wird viel getan in diese Richtung. Würden aber Moscheen, die öffentlich zugänglich sind wie in Wien oder in Telfs, auch in anderen Städten existieren, dann wäre das viel transparenter. Oft sind es nur Gebetsräume, die in Gewerbegebieten oder Hinterhöfen liegen, wo die Bevölkerung den Eindruck

DASS ES EINEN TAG DER OFFENEN MOSCHEE GIBT, FINDE ICH SUPER.

hat, das ist eine abgeschlossene Gesellschaft. Notwendig finde ich auch, dass die Predigt auf Deutsch ist oder übersetzt wird. Dann ist es für jeden möglich, sich auch ein Bild davon zu machen, was die tatsächlichen Grundsätze des Glaubens sind, und es würde nicht so viel Raum für Vorurteile bleiben. Dass es einen Tag der offenen Moschee gibt, finde ich super – und Initiativen, die überkonfessionell stattfinden. Wir sollten unsere Gemeinsamkeiten und

nicht immer das Trennende in den Vordergrund stellen.

Rechtspopulisten spielen die islamophobe Karte, es kommt auch zu Übergriffen auf Muslime. Wie sollte man darauf reagieren?

Ich glaube, was wir aus der Geschichte lernen sollten, ist, dass wir gegen Radikalisierungstendenzen möglichst früh auftreten müssen. Es darf nicht Mainstream sein, dass man auf religiöse Gruppierungen hinhaut oder mit simplen Verallgemeinerungen agiert. Übergriffe und radikale Aussagen dürfen nicht ignoriert werden. Ein Miteinander kann nur dann funktionieren, wenn man in der Gesellschaft Courage zeigt, gegen radikale Strömungen aufzutreten, und sie nicht zum Mainstream werden lässt. All jene, die in erster Linie besorgt sind, sollte man aber nicht verurteilen oder in ein rechtes Eck stellen. Wenn man sich die mediale Berichterstattung ansieht, kann man Sorgen nachvollziehen. Da müssen wir aufklären

und dürfen die Menschen nicht abstempeln. Wenn aber Anfeindungen, Übergriffe oder Verhatzungen stattfinden, dann sind wir alle gefordert, in aller Vehemenz dagegen aufzutreten.

Niessl und Voves haben erneut eine Integrationsdebatte angestoßen. Sind Strafen für mangelnde Integration eine gute Idee?

Wenn es um Strafen für Eltern geht, die ihren Kindern die Teilnahme am Unterricht verweigern, halte ich das für sinnvoll. Wenn Kindern Bildung aus persönlichen Motivationen verweigert wird, dann nimmt man ihnen die Zukunftschancen, die Möglichkeit, die Sprache zu lernen, Teil der Gesellschaft zu sein. Auch wenn sich jemand weigert, Gesetze anzuerkennen. Das sind Dinge, da habe ich vollstes Verständnis für harte Strafen. Aber alles, was im Rahmen unseres Rechtsstaates und der persönlichen Freiheit stattfindet, darf man niemandem verwehren. Also wenn es nicht mehr möglich sein soll, seine Religion auszuüben, Traditionen zu pflegen, die einem persönlich wichtig sind, oder sich so zu kleiden, wie man möchte, dann wird es problematisch.

Die früheren ÖVP-Granden Neisser und Riegler sind für ein Kopftuchverbot an Schulen. Wie finden Sie das?

Absolut problematisch. Das ist der erste Schritt weg von der Religionsfreiheit. So wie das Kreuz in der Schule kein Problem ist, so sind auch das Kopftuch und die Kippa kein Problem. Das wäre ein großer Rückschritt in eine Richtung, die wir alle nicht wollen.

Wie würden Sie Integration definieren? Lässt sich Integration überhaupt messen?

Ich halte diese Diskussion für eine sehr vereinfachte, plakative, auch populistische. Ich würde Integration definieren als den Willen, an der Gesellschaft und am öffentlichen



Ich halte die Integrations-Debatte für eine sehr vereinfachte, plakative, auch populistische.

Leben teilzuhaben. Das sollte die Grundvoraussetzung sein. Dann ist es schön und förderlich, wenn es Vielfalt gibt und nicht nur Einheit.

Es gab viele Versäumnisse in der Integrationspolitik: Standen Muslime nicht lange am Rand der Gesellschaft – und jetzt fordert man plötzlich „Integrationsleistungen“?

Es hat Fehler in der Einwanderungspolitik gegeben. Man hat lange Zeit vernachlässigt,

SELBSTVERSTÄNDLICH KANN MAN MOSLEM UND ÖSTERREICHER SEIN.

das einzufordern. Es wurde auch versäumt, den Spracherwerb zu unterstützen. Bei all den Fragen geht es aber nicht um Zuwanderung oder den Glaubenshintergrund, sondern um das Bildungsniveau.

Wo sehen Sie denn Integrationsdefizite?

Skeptisch bin ich, wenn sich Stadtteile in Richtung einer Parallelgesellschaft mit eigener Sprache und eigenem Rechtsverständnis entwickeln. Das ist zwar selten der Fall, aber manche Bereiche tendieren durchaus dorthin. Es ist wichtig, dass in den Wohnsiedlungen eine Mischung aus verschiedenen Bildungsschichten, aber auch Backgrounds existiert. Es sollte eben keine Ghettos wie in London oder anderen Städten geben, wo man von chinesischen

ZUR PERSON

Asdin El-Habbassi, 1986 in Hallein geboren, studierte Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Salzburg. Seit 2013 ist er für die ÖVP Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. El-Habbassi ist damit der erste Muslim, der für die ÖVP ein Parlaments-Mandat hält.

und arabischen Vierteln spricht. Das muss auch in der Stadtplanung beachtet werden. Auch ein Umdenken in der muslimischen Community ist gefragt: weg von nationalen Verbänden, von der bosnischen, der türkischen, der arabischen Moschee zum Verständnis einer Wiener Moschee oder einer Grazer Moschee. Dort sollen sich Muslime treffen, um ihren Glauben auszuüben, egal mit welchem Background.

Das neue Islamgesetz wurde trotz einer Bürgerinitiative der muslimischen Zivilgesellschaft beschlossen. Sie haben sich dazu bislang nicht geäußert.

Ich bin unglücklich über den Verlauf der Diskussion. Das Gesetz an sich regelt, so glaube ich, wichtige Punkte und stellt sie auf eine rechtliche Basis. Ich gehe davon aus, dass man in einigen formellen Punkten wie bei der Finanzierungsfrage und der Organisation der Glaubensgemeinschaft kleine Adaptierungen vornimmt und eine gute Lösung findet.

Was ist für Sie ein Islam österreichischer Prägung? Ist das durch ein Gesetz zu erreichen?

Ich halte das für einen Begriff, der zeigen soll, dass Islam und österreichische Identität und auch ein österreichisch-europäisches Verständnis von Rechtsstaatlichkeit gut vereinbar sind. Man will damit einen Kontrapunkt setzen zu Sichtweisen, die meinen, Islam und Demokratie seien nicht vereinbar. Es geht darum, dass eine österreichische Identität und die Anerkennung von Rechtsstaatlichkeit mit dem Glauben kompatibel sind. Es soll keine Fremdverortung von Religion geben. Es ist selbstverständlich, dass man Moslem und Österreicher sein kann.

TOP DOWN

Im Zweifel gegen Bürgerrechte

Das neue Islamgesetz stellt eine Tragikomödie der besonderen Art dar: ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich immer schon Österreich zugehörig gefühlt haben.

Kommentar: Dudu Kücükgöl

Fast dachten wir, dass es schon völlig in der Versenkung verschwunden wäre, aber siehe, seit der Sitzung des Verfassungsausschusses am 12. Februar ist das Islamgesetz wieder da, als (wieder einmal) überarbeitete Version. Interessant nur, dass die APA den Entwurf vor den Gremien der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich erhalten hat. Mehrere IGGiÖ-Mitglieder waren verwundert über den Ausgang der Verhandlungen, von dem sie erst über die APA informiert wurden.

Abgesehen von der Intransparenz des Zustandekommens und der Ausverhandlung dieses Gesetzes – was allein schon einen handfesten Skandal innerhalb der IGGiÖ darstellt – gleicht auch das Vorgehen der Regierung einer Bankrotterklärung. Sie lässt nur auf eine Handlungsmaxime schließen: Populismus vor Recht!

Laut APA handelt es sich bei den Änderungen um Marginalien: Für das geplante Verbot der Auslandsfinanzierung von Vereinen soll es nun Übergangsfristen geben, ebenso für die Auflösung islamischer Vereine. Während sich die Öffentlichkeit wieder einmal auf die Auslandsfinanzierung eingeschossen hat, bleiben die aus unserer Sicht wesentlich problematischeren Punkte völlig außer Acht: allen voran die Auflösung aller islamischen Vereine und die damit verbundene Pflicht, sich als der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ) hörige Kultusgemeinde neu zu gründen – sofern die IGGiÖ überhaupt zustimmt, sonst darf man gleich zusperrern. In Metternich'scher

Manier schreibt sich die Regierung Zugriffs- und Kontrollrechte zu und schränkt die verfassungsmäßig zugesicherten Religions- und Vereinsfreiheiten ein.

Populismus vor Recht

Zweitens bleibt der Generalverdacht, der im Gesetz unmissverständlich artikuliert wird: Die ständige Wiederholung, Muslime dürften ihre eigenen, islamischen Werte nicht über die staatlichen Gesetze stellen. Viele von uns dachten, dass die Achtung der Gesetze selbstverständlich sei – aber da haben wir uns wohl getäuscht. Jus-StudentInnen lernen im ersten Semester, dass die Einhaltung der Gesetze für alle BürgerInnen unseres Landes gilt. Offensichtlich wurden keine erstsemestrigen Jus-StudentInnen in den Gesetzgebungsprozess eingebunden, die diese wertvolle Information einbringen hätten können.

Das neue Islamgesetz ist ein Entfremdungs- und Ausgrenzungsgesetz. Es verkörpert das Gegenteil von Anerkennung und ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich immer schon Österreich zugehörig gefühlt haben. Diesen Menschen wird gesagt: Egal, wie ihr euch fühlt und anstrengt, ihr seid kein selbstverständlicher Teil unseres Landes. Und wir vertrauen euch nicht.

Die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) hat einen verfassungskonformen Alternativentwurf vorgelegt, der von unabhängigen ExpertInnen gelobt wurde. Dieser Entwurf orientiert sich am Protestanten- und Israelitentengesetz als Beispiel moderner und ak-

tueller Religionsgesetze. Es wäre nicht sehr schwer gewesen, das auch als Regierung zu tun. Aber SPÖ und ÖVP entscheiden sich im Zweifel (oder auch so) gegen BürgerInnenrechte.

Während gleichzeitig über die Aufhebung des Amtsgeheimnisses, über ein Demokratiepaket u. a. diskutiert wird, zeigt sich hier das wahre Gesicht der Regierungspolitik der vergangenen Jahre: die Kontrolle der Zivilgesellschaft sowie die Einschränkung von Freiheiten. An den MuslimInnen wird diese Haltung vorexerziert. Darauf deuten zumindest auch die höchst problematischen Fälle Josef S. und der Tiereschützerprozess hin. Die Gefahr, dass der Staat Kontrolle und Zugriffsrechte auf die Zivilgesellschaft als Ganzes ausdehnen will, bleibt und verstärkt sich.

Die massiven Bedenken von ExpertInnen, die vielen negativen Gutachten sowie der breite Protest der Zivilgesellschaft blieben unbeachtet. Eine der erfolgreichsten Bürgerinitiativen unseres Landes „Nein zum Entwurf des neuen Islamgesetzes – für die Gleichheit aller BürgerInnen“ und die starke demokratische Partizipation der Bevölkerung (über 20.000 Unterschriften) wurde von den ParlamentarierInnen der SPÖ und ÖVP ignoriert.

Auch gut zu wissen.

*Dudu Kücükgöl ist Vorstandsmitglied der Muslimischen Jugend Österreich (MJÖ).
www.mjoe.at/islamgesetz*

UNTER DRUCK: MUSLIME IN ÖSTERREICH

Die Novellierung des Islamgesetzes ist durch sicherheitspolitische Überlegungen geprägt und nicht, wie zu erwarten wäre, durch gesellschaftspolitische Fragen. Ein Statement von ÖVP-Klubmann Lopatka untermauert das.

Text: *Rusen Timur Aksak*
Illustration: *Eva Vasari*

Die Anschläge auf das World Trade Center in New York vor mittlerweile 14 Jahren waren eine Zäsur für die europäischen Muslime. Sie wurden in ihren neuen Heimatländern plötzlich als Muslime und Musliminnen entdeckt und identifiziert, was auch Verdächtigungen und Anfeindungen durch die einheimischen Mehrheitsgesellschaften mit sich brachte. Seither hat sich an dieser verfahrenen Situation wenig geändert, denn während die Angst vor einem gesichtslosen Islam durch Europa geistert, stehen die europäischen Muslime vor großen Problemen. Das vielleicht größte Problem ist die Wahrnehmung der MuslimInnen als homogene Masse, die sie nicht sind. Während ein Teil der europäischen MuslimInnen ihr Heil in der Religion sucht, kann ein anderer kaum das islamische Gebet verrichten. Während die einen ihre Kinder in Korankurse schicken, gehen andere mit ihren Kindern Leberkäse semmeln essen. Doch die Zuschreibung, die MuslimInnen Europas seien eine einheitliche Masse, hält sich hartnäckig.

Daraus resultiert eine allumfassende Angst, die auch vor etablierten Eliten nicht haltmacht und eine Debatte rund um Integration und Islam befeuert, die allerdings immer wieder in Phasen einseitiger Monologe zurückfällt. Zusätzlich verschärft wurde diese Diskussion rund um Islam und Integration durch den Anschlag auf „Charlie Hebdo“ in Paris oder auch die Akte der Barbarei einer dschihadistischen Miliz namens „Islamischer Staat“ im Irak und Syrien. In dieser Atmosphäre wollte man nun die Novellierung des in die Jahre gekommenen Islamgesetzes angehen.

Diktirtes Gesetz

Schock: Als Ende September 2014 die ersten Details des neuen Islamgesetzes bekannt wurden, verfielen zumindest die Islamverbände des Landes und deren Mitglieder in eine Schockstarre. Denn der gesetzlich anerkannte Dachverband der (sunnitischen) Muslime, also die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), hatte die Verhandlungen mit der Regierung nicht transparent gestaltet und konnte der anschließenden Wut seiner Verbandsmitglieder kaum Herr werden. Ein hochrangiger Verbandsfunktionär der





„Wir wollen einen Islam österreichischer Prägung.“ Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz.

ATIB (Türkisch-Islamische Union in Österreich), des größten österreichischen Islamverbandes mit knapp 70.000 Mitgliedern, will zwar namentlich nicht erwähnt werden, fasst die Haltung der Islamverbände gegenüber der IGGiÖ-Führung und der Regierung allerdings umfassend zusammen: „Man hat uns über den Tisch gezogen, wobei die Rolle der IGGiÖ-Führung fragwürdig bleibt.“

Man muss die Reaktionen seitens der österreichischen MuslimInnen in zwei Lager aufteilen. Die Verbände, die teilweise von Subventionen aus der Türkei oder türki-

schen Mutterorganisationen abhängig sind, fürchten sich vor den Konsequenzen einer rigiden Anwendung jener Bestimmungen, die im Islamgesetz neu beschrieben werden. Daher ist ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetz nicht zu erwarten.

Das zweite, jedoch ungleich größere Lager sind die vielen österreichischen MuslimInnen, die vielleicht gar kein großes Problem damit hätten, in Österreich ausgebildete Imame zu akzeptieren, doch den autoritär vorgetragenen Diskurs seitens der Regierungsverantwortlichen ablehnen. Mustafa, ein 32-jähriger Wiener Friseur, der kein

Freitagsgebet auslässt, sagt: „Was haben unsere Moscheen und Imame mit dem IS oder Anschlägen in Frankreich zu tun? Das sind zwei unterschiedliche Angelegenheiten.“ Mustafa gibt damit ein Gefühl wieder, das viele, insbesondere junge MuslimInnen teilen, denn sie nehmen Teil an der Gesellschaft, kennen die Debatten, aber auch die Momente der Ausgrenzung und Verdächtigungen und sehnen sich daher nach einer Debatte rund um Islam und Integration, die nicht durch Anschläge von Terrorgruppen bestimmt wird. Daher erscheint die Kritik am neuen Islamgesetz einheitlich, obwohl die Interessen von Islamverbänden und einfachen MuslimInnen, die gar kein oder vielleicht nur ein lockeres Verhältnis zu besagten Verbänden haben, aber das Gefühl nicht loswerden, sie seien BürgerInnen zweiter Klasse – und das sei nun in Form der Novel-

MISSTRAUEN PRÄGT DAS VERHÄLTNIS DES STAATES GEGENÜBER SEINEN MUSLIMINNEN.

lierung auch noch niedergeschrieben worden. Just dieses Gefühl der Ausgrenzung wiederum verstärkt die ohnehin existierenden Probleme, sagt der deutsche Journalist und Autor Eren Güvercin: „Es gibt natürlich die Tendenz, dass in Moscheen als Reaktion auf die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft eine Art ‚Heimatkulturpflege‘ betrieben wird. Im Ergebnis wird das ‚Migrantendasein‘ künstlich aufrecht erhalten.“ Dieses stark verankerte Gefühl führt auch dazu, dass Kleinigkeiten eine große Wirkung erzielen können. Der Passus im Gesetzestext etwa, wonach MuslimInnen eine „positive Grundeinstellung gegenüber Staat und Gesellschaft“ aufzubringen hätten, führt zu misstrauischem Stirnrunzeln. „Steht das auch bei anderen Religionsgemeinschaften drinnen?“, fragt der Friseur Mustafa spontan, wenn man ihm die Stelle im Gesetzestext vorliest. Misstrauen prägt das Verhältnis des Staates gegenüber seinen MuslimInnen, im Zuge der Islamgesetz-Debatte dürfte aber auch klar geworden sein, dass eben jenes Gefühl von MuslimInnen dem Staat gegenüber vorherrscht.



Entlarvend? Reinhard Lopatka wertet das Islamgesetz als „entsprechende Antwort auf den Islamismus“.



Eren Güvercin, deutscher Autor: eine Art „Heimatkulturpflege“ als Reaktion auf gesellschaftliche Ausgrenzung.

Verbands-Islam unter Druck

„Mein Vater war religiös und in einem Verband tätig, und er hat mir das sozusagen vererbt“, sagt der studierte Turkologe Ahmet. Für Ahmet sind die Verbände essenziell für das muslimische Leben in Europa. „Viele Muslime wollten nicht nur arbeiten, sondern auch ihre Religion nach der Arbeit ausleben“, fährt Ahmet fort. „Muslimische Arbeiter haben sich damals zusammengeschlossen, um religiöse Nöte zu bedienen, und ihre Vorkarbeit war wichtig, damit wir heute überhaupt unsere Religion ausüben können.“ In der öffentlichen Debatte rund um Islam und Integration sind oftmals die Islamverbände im Fokus der Aufmerksamkeit, und dennoch sind sie in der Wahrnehmung der österreichischen Mehrheitsgesellschaft Phänomene, die in Schatten gehüllt und kaum greifbar sind. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Zum einen sind die Ressourcen für neue journalistische Felder, die etwa ethnische oder religiöse Communities behandeln, kaum vorhanden, zum anderen sind die Islamverbände selbst kaum in der Lage, öffentliche Kommunikation zu betreiben.

Und dennoch haben die wertkonservativ ausgerichteten Islamverbände innerhalb der muslimischen Community eine Vormachtstellung. Denn sie können jene Dienstleistungen anbieten, die für praktizierende MuslimInnen essenziell sind: Gebetsräumlichkeiten, Bestattungsfonds, Korankurse, aber auch Kindergärten und Schulen. Eren Güvercin spricht in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit der Verbände, die muslimische Community zu „formen“, da viele Dienstleistungen und Angebote praktisch monopolartig von großen Islamverbänden verwaltet werden. Über 500.000 MuslimInnen leben mittlerweile in Österreich, aber sichtbar wird ihre Religion vor allem im Umfeld von Moscheevereinen. Während man eine muslimische Akademikerin ohne Kopftuch nicht wahrnimmt, sind bärtige alte Männer an Eingängen zu sogenannten „Hinterhofmoscheen“ ein Blickfang. Doch die Ressourcen, solche Moscheevereine zu erhalten, können nicht immer kleine, unabhängige Gruppen bereitstellen. Das ist nicht nur eine Frage des meist ehrenamtlichen Zeitaufwands, sondern auch des Spendenaufkommens eines konkreten Vereins. Allein Miete und Gehalt für den Imam der jeweiligen Moschee können sehr schnell ein monatlicher Kostenfaktor werden, der erst einmal von einer kleinen Moscheegemeinde gestemmt werden will. Wenn dann auch noch Widerstände aus den Reihen der

mische Akademikerin ohne Kopftuch nicht wahrnimmt, sind bärtige alte Männer an Eingängen zu sogenannten „Hinterhofmoscheen“ ein Blickfang. Doch die Ressourcen, solche Moscheevereine zu erhalten, können nicht immer kleine, unabhängige Gruppen bereitstellen. Das ist nicht nur eine Frage des meist ehrenamtlichen Zeitaufwands, sondern auch des Spendenaufkommens eines konkreten Vereins. Allein Miete und Gehalt für den Imam der jeweiligen Moschee können sehr schnell ein monatlicher Kostenfaktor werden, der erst einmal von einer kleinen Moscheegemeinde gestemmt werden will. Wenn dann auch noch Widerstände aus den Reihen der

DIE VERBÄNDE SIND ESSENZIELL FÜR DAS MUSLIMISCHE LEBEN.

Mehrheitsgesellschaft, von der Lokalpolitik oder gar der Baubehörde entgegenschlagen, müssen viele kleine, unabhängige Vereine aufgeben oder Schutz bei den Islamverbänden suchen. Der Druck von außen führt also dazu, dass die Islamverbände innerhalb der muslimischen Community stärker werden, auch wenn die MuslimInnen nicht immer die Weltanschauung der Verbände mittragen.

Islamgesetz als Sicherheitsdiskurs

Nun geraten ebendiese Verbände in den Bannstrahl der Islamgesetz-Novellierung und sollen etwa auf „lebende Subventionen“ – sprich vom Ausland bezahlte und bezogene Imame – verzichten müssen. Mit einem Jahr ist die sogenannte Übergangsfrist äußerst knapp. Das wird zu einer finanziellen Frage – kleinere Moscheegemeinden werden Probleme haben, das Gehalt eines Imams aufzubringen. Hinzu kommt, dass die Ausbildung heimischer Imame in Österreich noch in den Kinder-

schuhen steckt. Erst in vier bis fünf Jahren wird es Absolventen geben. Die Übergangsfrist endet aber mit 1. Jänner 2016. Aus Kreisen des größten Islamverbandes ATIB ist zu vernehmen, es könne durchaus möglich sein, dass am 1. Jänner 2016 Dutzende Moscheevereine in ganz Österreich keinen Imam mehr haben werden. Das entspricht zumindest der Sicht der Verbände. Andere Ansichten zu den möglichen Auswirkungen des neuen Islamgesetzes dringen kaum bis zur Basis durch. Das könnte zur paradoxen Situation führen, dass die ohnehin starken Verbände Solidarität selbst von jenen MuslimInnen zuteil wird, die sich ansonsten an der Vormachtstellung der Verbände oder deren weltanschaulicher Ausrichtung reiben. Dieser Solidarisierungseffekt der muslimischen Basis ist bereits abzusehen. Jüngere, oftmals akademisch ausgebildete MuslimInnen übernahmen die Aufgabe, sich inhaltlich und medienwirksam mit der Novelle auseinanderzusetzen, während die Islamverbände ihren anfänglichen Schock und ihre internen Querelen bis heute nicht überwinden konnten.

Wie sich eine aufkeimende muslimische Zivilgesellschaft positionieren wird, könnte viele Debatten der nächsten Jahre mitbestimmen. Daher ist die aktuelle Situation von entscheidender Bedeutung – auch für ein Phänomen, das noch im Entstehen begriffen ist: den österreichischen Islam.

„Wir wollen einen Islam österreichischer Prägung“, sagt Außenminister Sebastian Kurz immer wieder. Im Zuge der heftigen Debatte rund um das Islamgesetz war dieses Argument von den Befürwortern des Gesetzes verstärkt zu hören. Doch der vielleicht entscheidende Satz von Regierungsseite ging in der Kakophonie der Meinungen unter, denn das geplante Islamgesetz sei als „entsprechende Antwort auf den Islamismus“ zu werten, resümierte ÖVP-Klubmann Reinhard Lopatka im Parlament und bestätigte damit die eigentlichen Ängste vieler österreichischer MuslimInnen.

Denn wenn Syrien-Kämpfer bzw. -Rückkehrer den Rahmen für die Novellierung des Islamgesetzes bilden, so entsteht dadurch eine sicherheitspolitische Diskussion rund um den Islam in Österreich und keine gesellschaftspolitische. Die allermeisten MuslimInnen im Land sorgen sich aber um steigende Mieten, den bildungspolitischen Erfolg ihrer Kinder und sehnen sich nach einem schmucken Häuschen im sogenannten Wiener „Speckgürtel“.

MEDIENÖKONOMIE

Die Medien, der Islam und das Sparschwein

Wie die Sparschweine von Banken immer wieder im Namen des Islam gestorben sind.

Text: Stefan Niggemeier

Der Kolumnist Harald Martenstein hat einen uralten Klassiker wiederbelebt: den Mythos, dass Banken in Großbritannien den Kindern keine Sparschweine mehr anbieten aus Sorge, die im Islam als unrein geltenden Tiere könnten die Gefühle muslimischer Kunden verletzen.

Die Geschichte feiert in diesem Jahr Jubiläum. Seit zehn Jahren wird sie in den Medien als Beleg für die verrückt gewordene „Political Correctness“ und die Islamisierung des Abendlandes erzählt. Sie wurde schon damals von den Banken dementiert. Eine von ihnen, NatWest, die in den 1980er-Jahren für ihre Sparschweine berühmt war, hat vor eineinhalb Jahren die Figuren sogar neu aufgelegt und groß beworben: Spätestens damit, sollte man denken, hätte sich das Schauer Märchen erledigt. Weit gefehlt. Recherchophobiker wie Martenstein halten es am Leben.

Ihren Ursprung nahm die Sparschweinente offenbar im „Daily Express“, der im Oktober 2005 sogar damit aufmachte. Als eines der ersten deutschen Medien übernahm sie noch im selben Monat die „B.Z.“.

2006 erzählte die Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali die Geschichte in einem Interview mit der „FAZ“ – als Beleg für die angeblich „schleichende Scharia“ in Europa: „Und in Großbritannien geht es nun so weit, dass die Sparkassen keine Sparschweine mehr aufstellen, um die Gefühle der Muslime nicht zu verletzen, für die Schweine ja unrein sind. Das ist eben die schleichende Scharia. Sie zeigt ihr vollständiges Gesicht erst in den Gesellschaften, in denen die Muslime in die Mehrheit gekommen sind.“

Henryk M. Broder interpretierte die vermeintliche Sparschweinentsorgung ebenfalls als „Zeichen an der Wand“ für die fortschreitende und unaufgehaltene Islamisierung, die



„Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung.“
Der Tagesspiegel.

er Anfang 2007 auf Spiegel Online beklagte: „Britische Banken wollen ihren Kunden keine ‚Sparschweine‘ mehr anbieten, weil Schweine im Islam als unrein gelten.“

Im selben Jahr verbreitete der frühere FAZ-Redakteur und heutige Pegida-Anhänger Udo Ulfkotte die Geschichte in seinem Buch „Heiliger Krieg in Europa – Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht“. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ hatte zwar durchaus Zweifel am „missionarischen Eifer“ des Autors, fand die Geschichte aber so unwiderstehlich, dass er seine Rezension des Buches sogar damit überschrieb: „Islamisten verdrängen Sparschweine.“

Acht Jahre nach Ulfkotte und Broder hat nun endlich auch ihr Kollege Martenstein von der Geschichte erfahren. Angeblich will er sie im „Handelsblatt“ gelesen haben. Er schrieb in seiner „Tagesspiegel“-Kolumne: „Dem Handelsblatt entnehme ich, dass britische Banken ihren jungen Kunden seit einiger Zeit keine Sparschweine mehr anbieten. Der Anblick der Schweine, die im Islam als unrein gelten, könne die Gefühle muslimischer Kunden verletzen. Die muslimische Gemeinde erklärte daraufhin, dass Muslime der Anblick eines Schweins keineswegs verletze, sie würden lediglich dieses Tier nicht essen. Offenbar

kann man sogar bei der Sensibilität, ähnlich wie beim Austernessen und beim Weintrinken, des Guten zu viel tun.“

Martenstein hat den Kampf gegen die vermeintliche „Political Correctness“ zu seinem zentralen Thema gemacht, ohne dass das zu einem erkennbaren Interesse an den Fakten geführt hätte. Von Ulfkotte unterscheidet ihn immerhin, dass er hier das Problem nicht bei den Muslimen sieht, sondern im voraussetzenden Gehorsam der Nichtmuslime. Aber auch er verbreitet, unredigiert vom „Tagesspiegel“, das Schauer Märchen von der Abschaffung der britischen Sparschweine aus Rücksicht auf die religiösen Gefühle der Moslems, das seit Jahren ein wesentlicher Teil der antiislamischen Folklore ist. Und da fragt man sich, wie die Pegida-Leute eigentlich auf den Gedanken kommen, dass die Islamisierung des Abendlandes drohe oder gar in vollem Gange sei.

Nachtrag: Der „Tagesspiegel“ hat online den Sparschwein-Absatz gelöscht und durch folgenden Hinweis ersetzt: „In einer früheren Version dieser Kolumne war mit Bezug auf das Handelsblatt von Sparschweinen die Rede, die britische Banken aus Rücksicht auf muslimische Kundschaft nicht mehr anböten. Der Medienjournalist Stefan Niggemeier wies uns darauf hin, dass es dazu keine Belege gebe, sondern im Gegenteil Dementis. Weil auch wir keine Belege dafür finden konnten, haben wir diesen Abschnitt herausgenommen. Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung.“

Der Text ist auf dem Blog von Stefan Niggemeier zu lesen:

www.stefan-niggemeier.de. Niggemeier schrieb u.a. für Die Zeit, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Süddeutsche Zeitung, Der Spiegel. Er ist Gründer von BILDblog www.bildblog.de.



WIR BEFINDEN UNS IN EINEM TEUFELSKREIS

Rüdiger Lohlker, Professor für Islamwissenschaften an der Uni Wien, über das gleichermaßen simple Islamverständnis von Dschihadisten und Islamkritikern, den Lego-Islam der Medien und den dringenden Bedarf, die Communities positiv zu unterstützen.

Interview: Gunnar Landsessel

Fotos: Karin Wasner

Wir erleben zurzeit eine sehr emotionale und oft wirre Debatte über Islam und Radikalisierung. Theologische Fragen vermischen sich mit soziologischen. Wie erklären Sie sich die fehlende Trennschärfe? Zumeist wird Religion ausgeblendet. Für die Radikalisierungsprozesse spielt der Islam am Anfang tatsächlich eine sehr geringe Rolle. Da geht es stark um individuelle Krisenerfahrungen, die können bis zu einem Autounfall reichen. Es kann auch einen Kollektivbezug geben, etwa die Erfahrung, dass Muslime weltweit bedroht und verfolgt werden. Das lässt sich dann über das Internet leicht belegen, und dann kommt der Punkt, wo der Link zur Subkultur des Dschihadismus gefunden wird. Wir kennen Beispiele, wo junge Leute auch erst über Mainstream-Medien auf das Phänomen aufmerksam werden. Auch österreichische Zeitungen haben diese Art der Berichterstattung „gut“ betrieben.

Das Magazin „profil“ hat mit dem Titel „Was den Islam gefährlich macht“ eine simple wiewohl verkaufsträchtige Gleichung auf sein Cover gesetzt. Wie sehen Sie das als Religionswissenschaftler? Es gibt gefährliche Muslime, es gibt aber

auch gefährliche Atheisten. Dieser Satz ist eine Nullaussage. Deshalb habe ich mir das Heft auch nicht gekauft. Man kann aus jeder Religion die Begründung für gewaltsame Aktionen ableiten. Falls wir aber von der dschihadistischen Subkultur sprechen, die wir untersucht haben, dann funktioniert die so, dass bestimmte Elemente aus dem Mainstream-Islam benutzt und verschoben werden, um Gewalt als einzige Lösung darzu-

**EIN SATZ WIE
„DER ISLAM IST
GEFÄHRLICH“
IST EINE NULLAUSSAGE.**

stellen. Die Frage ist: Wie kann ich dagegen methodisch angehen? Es müssen Maßstäbe entwickelt werden, mit denen sich solche Entwicklungen kritisieren lassen. Das ist innerislamisch bislang nicht ausreichend passiert, etwa eine anerkennende Toleranz zu entwickeln. Das existiert in Ansätzen, auch in Bezug auf die Tradition. Aber das ist nicht weit verbreitet. Es gibt und gab auch Versuche, systematisch eine islamische Friedensethik zu entwickeln. In Indonesien etwa vertritt die Nahdlatul Ulama einen toleranten, pluralistischen Islam – sie ist mit

50 Millionen Mitgliedern immerhin die größte muslimische Organisation der Welt. Sie versuchen seit Jahren, eine Gegenposition zu Salafisten/Wahhabiten zu entwickeln. Hier hätten wir ein Beispiel für einen innerislamischen Lösungsansatz. Wenn aber Yusuf al-Qaradawi (Starprediger auf Al Jazeera, Anm.) sagt, dschihadistischer Terrorismus ist schlecht, aber terroristische Aktivitäten innerhalb Israels sind gut, dann kann man das religiös-methodisch überhaupt nicht begründen. Das ist eine moralisch-politische Begründung, die keine Grundlage hat, um gegen andere terroristische Aktivitäten zu argumentieren.

Hier bewegen wir uns wieder im Bereich von Interpretationsfragen oder der Diskursmacht Einzelner. Wie aber steht es um den Koran als zentralen Text, der ja bei der Gleichung „Islam ist Bedrohung“ mitgemeint ist. Der Koran – gefährlicher als die Bibel?

Es gibt auch in der Bibel eine gewisse Person, die gekommen ist, das Schwert zu bringen. Das wird häufig vergessen. Und auf das Alte Testament brauchen wir gar nicht einzugehen. Man kann grundlegende Texte von Religionen nur verstehen, wenn man versteht,

was an Interpretationstechniken vorhanden ist. Es ist naiv, ein Buch aufzuschlagen und sich ein paar Begriffe herauszusuchen, wie das in der derzeitigen Diskussion passiert. Wenn Journalisten über islamische Themen berichten, dann ist es deren Aufgabe, auch sorgfältig zu recherchieren. Wenn Sie nun aber ein Problem des innerislamischen Diskurses ansprechen, möchte ich ein Beispiel geben: Denken Sie an ISIS, die Homosexuelle von hohen Häusern geworfen und das mit der Lehre begründet hat. Es gibt tatsächlich solche Rechtsmeinungen, natürlich nicht im Koran. Unter Islamgelehrten wird darüber aber nicht diskutiert, sie klammern solche extremistischen Meinungen lieber aus. Der dschihadistische Jugendliche ist dadurch für Fanatiker aber leicht ansprechbar: Sie präsentieren ihm das als die wahre Lehre, während er selbst das Gefühl hat, hier etwas Geheimen erfahren zu haben – die Wahrheit, die ihm die Mainstream-Gelehrten offenbar vorenthielten.

Wissen Kinder muslimischer Eltern in Europa oft zu wenig über den Islam? Wäre es denkbar, dass eine mangelnde Weitergabe von Traditionen Jugendliche für Agitation stärker ansprechbar macht? Ob religiöse Bildung absolut schützt, weiß ich nicht, da gibt es Gegenbeispiele. Aber die Wahrscheinlichkeit könnte sich erhöhen. Bei Dschihadisten handelt es sich aber um einen Versatzstücke-Islam, da ist nicht viel Wissen nötig. Die Welt ist recht simpel in Gut und Böse eingeteilt. Da geht es mehr um das allgemeine Gefühl der Ungerechtigkeit. Die Frage ist: Wo docke ich an? Da

kommt die Religion ins Spiel. Im Fall von Mohamed Mahmoud, dem bekanntesten Islamisten in Österreich, reichen ja sehr bescheidene Islam-Kenntnisse, um als Sheikh, als Gelehrter, zu gelten.

Haben wir es paradoxerweise mit einem Diskurs zu tun, der von beiden Seiten auf dieser Versatzstückeebene gestaltet wird? Als in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ die Moderatorin aus der Sure 4 zitierte, entgegnete ihr der Politikwissenschaftler Asiem El Difraoui, solche Diskussionen auf Basis eines Lego-Islam seien nicht seriös.

Ja, das ist ein Spiegelbild. Wenn wir vom Terrorismus weggehen, und einen Salafisten und einen antiislamischen Vertreter hernehmen, die sind absolut derselben Meinung. Nur der eine findet es gut, der andere schlecht. Diese bruchstückhaften Islamdiskussionen führen selten über solch simple Schemata hinaus. Dabei ist nicht vorstellbar, was mir etwa ein katholischer Priester kürzlich in Indonesien erzählt hat. Dort holen Katholiken in Krisenzeiten in bestimmten Regionen islamische Milizen zum Schutz für die Abhaltung ihrer Messe – und nicht die Armee. Und zwar deshalb, weil im Fall eines Angriffs die Armee flüchten würde, während die islamischen Milizen die Kirche gegen die Extremisten verteidigen.

Der Begriff des politischen Islam ist ein geflügeltes Wort geworden – gibt es aber nicht auch ein politisches Christentum? In Österreich hat FPÖ-Chef Strache mit dem Kreuz in der Hand Wahlkampf geführt, Religionslehrer werden selbstver-

ständig von staatlicher Seite bezahlt. In Teilen der Welt missionieren fundamentalistische Pfingstbewegungen auch mit Gewalt, etwa in Afrika.

Es gibt natürlich eine politische Rolle des Christentums – und innerhalb einiger Kirchen auch Strömungen, die eine Politisierung wollen. Ein Vergleich zeigt, dass in beiden Fällen Gewalt legitimiert wird, dass die Dichotomie einer guten und einer verkommenen Welt existiert, dass sexuelle Minderheiten verdammt oder verfolgt werden. Auch eine apokalyptische Grundhaltung ist im Christentum zu finden: Die „Left Behind“-Strömung schwappt gerade aus den USA zu uns herüber, eine Buchserie, die nun mit Nicolas Cage auch verfilmt wurde. Da werden die Erretteten urplötzlich in den Himmel versetzt, während die restliche Bevölkerung in das Chaos der letzten Tage gestürzt wird. Diese apokalyptische Stimmung gibt es im Dschihadismus auch.

Würden Sie sagen, dass in Österreich, anders als in Deutschland oder Frankreich, die Politik nicht entschieden genug gegen rechtspopulistische Versuche auftritt, Islam und Dschihadismus gleichzusetzen? Ich denke, das ist bei vielen Menschen schon so abgespeichert, und ich halte das für wenig verwunderlich bei dem Medienfeuer, das bei jedem Anschlag produziert wird. Das ist natürlich auch Ausdruck einer eurozentristischen Sichtweise, denn die getöteten Muslime in anderen Teilen der Welt, im Krieg in Syrien und im Irak, oder die 2.000 Toten in Nigeria durch Boko Haram werden nicht in gleicher Weise berücksichtigt. Das ist dann nur eine Kurzmeldung. Natürlich, bei Anschlägen in Europa sind wir näher dran. Aber wenn man über Dschihadismus diskutiert, dann muss man auch darüber reden, dass hunderttausend Muslime und Musliminnen ermordet worden sind.

Muslime werden bei Genderfragen regelmäßig als kulturell „rückständig“ bezeichnet. Vergessen scheint, dass in Österreich Frauen noch bis 1975 die Erlaubnis ihres Ehemanns für die Ausstellung eines Reisepasses oder die Eröffnung eines Bankkontos einholen mussten. Ehemänner konnten beim Arbeitgeber anrufen und den Job ihrer Frau einfach kündigen. Erst unter Kreisky wurde das gesetzlich abgeschafft. Warum wird im Fall muslimischer Gesellschaften ganz selbstverständlich die Kultur als Erklärung herangezogen?



Lohlker über die Gleichsetzung von Islam und Jihadismus: Das ist bei vielen Menschen schon so abgespeichert. Ich halte das für wenig verwunderlich bei dem Medienfeuer, das bei jedem Anschlag produziert wird.

Man könnte in christlich-abendländischer Tradition sagen, dass man den Balken im eigenen Auge einfach nicht sieht. Das ist in erster Linie ein Weg, um die eigene Überlegenheit noch einmal zu proklamieren. Um nicht die realen, tatsächlich stattfindenden Veränderungsprozesse in muslimischen Mehrheitsgesellschaften oder auch Communities in Europa zu bemerken. Daneben gibt es selbstverständlich auch negative Entwicklungen. Etwa die Bestrebungen von Männern, ihre Töchter im Sommer zu verheiraten. Deshalb hat es auch eine Initiative in Österreich gegeben, dass die Imame vor der Sommerpause predigen, dass das nicht islamisch ist. Zugleich gibt es junge Studentinnen, die sich als hervorragende und unabhängige Denkerinnen erweisen, auch mit Kopftuch. Deren Väter finden das nicht immer gut. Natürlich gibt es auch das Problem einer Macho-Kultur oder die Versuche, Töchter von der Ausbildung fernzuhalten. Genauso wie in nichtmuslimischen Gesellschaften, wo Sie in Bauern- oder Arbeiterfamilien Söhne finden, die studieren durften, und Töchter, die heiraten sollten.

Das klingt stärker nach einem soziologischen als nach einem theologischen Problem.

Das ist in der Tat schwer auseinanderzuhalten. Soziologisch erklärbare Phänomene sind oft religiös kodiert, das macht die Trennung schwierig. Ich habe hin und wieder auch als Gutachter vor Gericht ausgesagt in Fällen, wo die Rechtsanwälte versuchten, familiäre Gewalt als kulturell, also mit dem Islam zu erklären, um ihre Klienten zu entlasten. Das mag ein legitimer Versuch vor Gericht sein, aber so automatisch funktioniert das nicht. Dazu ist in den Communities viel zu viel in Bewegung. Ich erinnere mich an eine U-Bahn-Fahrt, wo von Floridsdorf bis zur Alser Straße ein Mädchen mit Kopftuch ihrem Bruder ins Gewissen geredet hat: „Du musst lernen, auch wenn das jetzt so schwer ist. Lern, ich helf dir dabei.“ Man muss eben schauen, welcher Kopf unter einem Tuch steckt. Gerade durch den öffentlichen Diskurs werden solche Frauen in eine Verteidigungshaltung gedrängt.

In einer Studie über junge muslimische Männer erhob die Soziologin Edit Schlaffer, dass 70 Prozent von ihnen Religion als wichtiger erachten als Demokratie. Ein Alarmzeichen?

Wenn ich Gläubige frage, dann würde ich so eine Antwort erwarten. Religion muss für mich etwas Wichtiges sein, wenn ich



Laut einer Studie erachten 70 Prozent der jungen muslimischen Männer Religion für wichtiger als Demokratie. Lohlker: Wenn ich Gläubige frage, dann würde ich so eine Antwort erwarten.

wirklich gläubig bin. Diese Fragestellung ist merkwürdig. Was würde ein Christ antworten, wenn man ihn fragt, ob er die Bibel höher als die Verfassung hält? Natürlich wird für Gläubige das Wort Gottes wichtiger sein. Gleichzeitig kann man natürlich erwarten, dass die Verfassung respektiert wird, so wie auch andere Menschen, die in dieser Gesellschaft leben.

„INTEGRATION“ KANN MAN NICHT DARAN FESTMACHEN, OB EIN MÄDCHEN KOPFTUCH TRÄGT.

Hier ging es vor allem um die viel zitierten Integrationsdefizite.

Natürlich, Mängel an Integration gibt es, aber das führt uns vielmehr wieder zum religiösen Analphabetismus. Als ich in Floridsdorf über ein paar junge tschetschenische Männer gestolpert bin, die mit IS-Kappe und Hoodie unterwegs waren, stellte sich mir neben einigen anderen Fragen auch jene, wie ich religiöse Ressourcen mobilisieren kann, die in die Gegenrichtung führen; die Toleranz und Pluralismus-Akzeptanz bedeuten. Die sogenannte Integration kann man nicht daran festmachen, ob ein Mädchen Kopftuch trägt. Das sind persönliche Entscheidungen, und auch ein gewisser sozialer Druck mag mitspielen. Die Communities haben jahrzehntelang am Rand gelebt, auch die Mehrheitsgesellschaft suchte selten soziale Kontakte. Es gibt immer noch Firmen, wo jeder Türke

Ali heißt. Also was erwartet man von den Leuten? Wir befinden uns in einem Teufelskreis. Wir versuchen aufzuholen, was über 30 Jahre nicht passiert ist. Nun haben wir das Problem, dass es nicht genug positive Verstärker gibt, die auch innermuslimisch sagen, welches Verhalten – auch im Sinn der Religion – legitim ist. Und natürlich gibt es Imame, die stärker auf Abgrenzungssymbole setzen. Mädchen, die vor 20 Jahren kein Kopftuch getragen hätten, tun das heute. Die von Ablehnung gekennzeichneten Diskurse über Islam und Muslime bringen es mit sich, dass sich Frauen und Männer stärker als Muslime zu erkennen geben. Das ist eine Reaktion, so paradox sie auch sein mag. Leider fehlen mehr positive Signale, dann würde sich die Situation entspannen.

Rüdiger Lohlker, 1959 in Emden, Deutschland, geboren, ist Universitätsprofessor für Orientalistik an der Uni Wien. Er ist einer der wenigen ausgewiesenen IslamexpertInnen in Österreich. Publikationen (Auswahl): Das islamische Recht im Wandel. Ribā, Zins und Wucher in Vergangenheit und Gegenwart (1999). Islamisches Familienrecht: Methodologische Studien zum Recht malikitischer Schule (2002). Islamisches Völkerrecht. Studien am Beispiel Granada (2006). Islam. Eine Ideengeschichte (2008). Dschihadismus. Materialien (2009). Hadithstudien – Die Überlieferungen des Propheten im Gespräch (2009). Muslime in Österreich (2012, Ko-Autor). Jihadism: Online Discourses and Representations (2013, Hg.)

DIE LÜGE VOM GESELL- SCHAFTLICHEN GANZEN

Ein tendenziöser Schnellkurs zum Begriff Integration.

Text: Richard Schubert

Lassen Sie mich Ihnen ein Märchen erzählen. Es war einmal ein eingebildetes Haus, in dem lebte eine eingebildete Familie. Und die lebte in eingebildeter Egalität, deren Einbildung noch aus den Tagen der Konjunktur stammte. Die eingebildeten Verwandten in den Luxusuitens des eingebildeten Hauses merkten, dass die Bewohner der unteren Etagen sich alles gefallen ließen, und erhöhten die Mieten und zahlten nicht mehr in die gemeinsame Hauskasse ein. Die Bewohner der unteren Etagen aber träumten von einem Leben in den Luxusetagen und identifizierten sich mit deren Bewohnern; denn dabei, dass sie von ihnen nicht zu ihren Dachpartys eingeladen wurden, konnte es sich nur um einen Irrtum handeln, man hatte sie wohl auf der Gästeliste übersehen. Langsam machte sich Unbehagen breit, zumal von außen immer mehr neue Mieter ins Haus drängten, die man hasste, weil sie noch erfolgloser waren und vielleicht erfolgreicher werden könnten als man selbst. Da man sich irgendwie verarscht fühlte, aber nicht wahrhaben wollte, dass die eigenen schönen, erfolgreichen Cousins es waren, die einen verarschten, verarschte man die jeweils Schwächeren und

warf ihnen vor, weder mit ihnen selbst noch den Cousins verwandt zu sein. Die eingebildeten Cousins erkannten, dass, solange die Loser mit den anderen Losern rangelten, man ihnen ungestört noch mehr Besitz und Rechte klauen konnte. Den dümmsten unter ihnen erzählten sie, dass sie doch alle eine Familie seien, die es zu verteidigen gelte, den Halbdummen, dass sie doch alle eine gemeinsame Kultur und gemeinsame Wer-

**MAN HATTE
SIE WOHL
AUF DER GÄSTELISTE
ÜBERSEHEN.**

te teilten, die man verteidigen sollte, und den ein bisschen weniger Dummen, dass sie eine auf geteiltem und hart erarbeitetem Wohlstand beruhende Solidargemeinschaft bildeten, die erst recht verteidigt werden müsse. Ganz gleich ob Blut, Werte oder Schweiß, auf einmal gab es sehr viele andere, die man zwar, leider gab es da noch Gesetze, nicht alle delogieren, aber piesacken, quälen und mit dem Vorwurf belasten konnte, sie seien nicht willig oder fähig, dazuzugehören. Nie im Leben wären die benachteiligten Cousins

auf die Idee gekommen, sich mit den benachteiligten Außenseitern gegen die wahren Betrüger zu verbünden oder zumindest ihre Interessen mit denen jener abzugleichen, zu sehr gärten in ihnen noch immer die Hoffnung, doch bald mit den Cousins am Dachswimmingpool Long Island Ice Tea schlürfen zu dürfen ...

Der Tanz nach der Pfeife der Mächtigen

Dieses Märchen klingt schematisch, simpel und tendenziös. Aber es ist schwer zu widerlegen. Kluge Jugendliche erfinden es immer wieder neu, ehe sie Sozial- und Kulturwissenschaften studieren. Es mag elaboriertere Gesellschaftstheorien geben, dieses Märchen aber hält einzig den Schlüssel zur Veränderung bereit.

Integration ist eine Lüge, weil die Gesellschaft eine ist, in welche integriert werden soll. Dieser Satz ist natürlich eine Provokation. Denn nicht immer läuft die unhinterfragte Vokabel Integration auf blanken Blödsinn hinaus. Eine gewisse Relevanz erhält sie als sozialtechnische Serviceleistung in konkreten Feldern, in Bemühungen etwa, Arbeitslose, Frauen, MigrantInnen, Behin-



Je egalitärer eine Gesellschaft ist, desto weniger bedarf sie kultureller Rechtfertigungen.

derte in den Arbeitsmarkt zu „integrieren“, behutsam Hindernisse bei deren sozialer Mobilität aus dem Weg zu räumen, ihnen nicht nur das Gefühl zu vermitteln, nicht draußen zu stehen, sondern dort drinnen, im imaginären Inneren der Gesellschaft, auch Chancen und Möglichkeiten zu haben. Und Gesellschaft ist nur dann keine Lüge, wenn sie nicht völlig oder – aufgeklärter – steuernational eine Gemeinschaft suggeriert. In der Tat ist sie der durch politische Inklusion begrenzte Ausschnitt eines babylonischen Wirrwarrs antagonistischer, koalierender oder einander überlappender Interessen. Die Lüge beginnt bei jedem Versuch, diese Antagonismen zu leugnen. Und nicht erst bei deren Kulturalisierung, womit freilich die pathologische Phase des Realitätsverlustes erreicht ist.

Fast immer schwingen im Geschwätz von der Integration unheimliche Töne mit, die Klänge von Drohung und Erpressung. Gesellschaft – in unserer Vorstellung als Gemeinschaft stets unschlüssig zwischen Solidar- und Schicksalsgemeinschaft hin und herflatternd und in Zeiten der Krise sich von Ersterer zu Letzterer verlagernd – stabilisiert sich idealtypisch durch die Ba-

lance von Rechten und Pflichten. Macht ist darauf erpicht, dieses Verhältnis zu hierarchisieren – die Drosselung der Rechte geht immer mit einer Einmahnung von Pflichten einher. Machtpsychologisch intendiert der Vorwurf, dem falschen Ganzen Pflichten schuldig zu sein, Scham, Bringschuld und Schockstarre, wohinter sich widerstandslos der Raub der Rechte vollziehen kann. Dies ist Kern der neoliberalen Matrix, die anhub mit der Allmachtsfantasie, seines eigenen Glückes Schmied zu sein, und nicht nur in der Resignation endete, den Schmiedehammer seines vorhersehbaren Unglücks selbst zu schwingen, sondern am Unglück des ganzen Systems Schuld zu tragen. Der internalisierten Konkurrenz mit sich selbst gesellt sich natürlich die älteste Machtstrategie hinzu: Entsolidarisierung und Gruppenkonkurrenz.

Die Menschen kennen die Lüge vom gemeinsamen Haus der Gesellschaft nur zu gut, je qualvoller sie dessen Falschheit spüren, desto lauter müssen sie seine Richtigkeit proklamieren. Und je imaginärer das kollektive Eigene ist, desto drastischer muss das Fremde als Zerrbild der eigenen Depravation designt werden, und darf man es

(noch) nicht vernichten, so muss man es zumindest bei jeder sich bietenden Gelegenheit bevormunden, abwerten, disziplinieren. Man gleicht dann dem Katholiken, über die Karl Kraus schrieb: „Den Hut vor der Monstranz zu ziehen, ist bei weitem kein so schönes Verdienst wie ihn jenen vom Kopfe zu schlagen, die kurzsichtig oder andersgläubig sind.“

Je egalitärer aber eine Gesellschaft ist, je gerechter Chancen und Wohlstand verteilt sind und das Verhältnis von Rechten und Pflichten ausbalanciert ist, desto weniger bedarf sie kultureller Rechtfertigungen, der Phantasmata von Familienbanden, gemeinsamer Kultur, die allesamt auch Symptome innerer Desintegration sind.

Zwei Strategien gibt es gegen die Integrationslüge: sich zu desintegrieren, wo immer falsche Integration gefordert wird, und den wahren Desintegrationsprofiteuren, die ständig nach Integration geifern, das Handwerk zu legen. Wenn wir Randgruppen integrieren, dann in Solidargemeinschaften, die diesen Namen verdienen, und nicht nach der Pfeife der Macht, welche sofort verstummte, würden wir nicht länger nach ihr tanzen.

„DER PROBIERT ETWAS AUS“

Fabian Reicher vom Verein „Back Bone“ warnt davor, Jugendliche als DschihadistInnen oder Neonazis zu brandmarken, sofern diese Sympathien bekunden. Was Schule und Politik aus den Erfahrungen der Jugendarbeit lernen können.

Interview: Ali Cem Deniz

Foto: Karin Wasner

Die Gesellschaft sieht in Jugendlichen nicht nur Hoffnung für ihre Zukunft, sondern immer auch eine Bedrohung für ihre Gegenwart. Die Angstmache erreicht zurzeit neue Höhepunkte. Wie betrachtest du den Diskurs?

Das ist ja ein klassischer Generationenkonflikt. Der letzte Höhepunkt vor der Radikalisierungsdebatte war das berühmte „Komasaufen“, wo Alkoholismus von einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen zu einem Jugendproblem gemacht wurde. Die Radikalisierungsdebatte verläuft ähnlich. Wir reden ständig darüber, was mit den Jugendlichen schief läuft. Dazu kommen Diskussionen über den Islam. Wir fragen uns, ob der Islam gefährlich ist, statt uns zu fragen, was vielleicht unsere Gesellschaft versäumt hat und was wir machen sollten, damit sich alle hier wohl fühlen. Warum ist beispielsweise keine Bildungsdebatte entstanden, wenn es schon um Jugendliche geht?

Vor allem Boulevardmedien stürzen sich auf Storys von jungen Radikalen. Diese Nachrichten werden dann wiederum von Jugendlichen konsumiert.

Das unhinterfragte Abdrucken von Bildern oder Facebook-Einträgen aus den IS-Propagandakanälen erhöht die Reichweite der radikalen Gruppen unglaublich. Ich vergleiche

das immer mit dem Thema Selbstmord. Das Medienethikgesetz schränkt die Berichterstattung darüber ein, weil man sich vor Nachahmern fürchtet. Wenn ein Jugendlicher nach Syrien in den Krieg zieht, ist das auch nichts anderes als erweiterter Selbstmord. Deshalb muss sich auch bei diesem Thema der Journalismus an bestimmte ethische Grundsätze halten. Außerdem differenzieren die Medien kaum zwischen Be-

WIR BRAUCHEN KONZEPTE WIE TEAM-TEACHING.

griffen wie Islam, Islamismus, Salafismus oder Dschihadismus. Diese Berichterstattung emotionalisiert die Jugendlichen sehr. Sie fühlen sich in die Ecke gedrängt und stigmatisiert. Das macht es viel schwieriger, über heikle Themen zu sprechen.

Wie setzt ihr euch dennoch mit heiklen Themen auseinander?

Unsere Hauptaufgabe ist es, erwachsene Ansprechpersonen zu sein für alle Angelegenheiten, die unsere Jugendlichen gerade betreffen – egal ob es um Liebeskummer oder Schulnoten geht. Religiöse Radikalisierung ist für den Mainstream ein neues Thema, aber für uns heißt das nicht, dass

sich jetzt alles geändert hat. Die Jugendphase ist eine Zeit des Suchens, des Tastens und des Abgrenzens gegenüber der Welt der Erwachsenen. Da ist es nicht ungewöhnlich, mit extremistischen Ideologien in Kontakt zu kommen oder gar zu sympathisieren. In den meisten Fällen ersetzen das Erwachsenwerden, Familie, schulische und berufliche Entwicklungen diese Ideologien. Extreme Ansichten manifestieren sich bei Identitätsbrüchen im Erwachsenenalter. Ich würde niemals sagen, dass ein Jugendlicher ein Dschihadist ist, weil er damit sympathisiert. Ich würde auch nicht einen 15-Jährigen, der irgendwo ein Hakenkreuz zeichnet, als Nazi bezeichnen. Der probiert etwas aus, und oft stehen da ganz bestimmte Bedürfnisse dahinter.

Welche Bedürfnisse?

Das sind vor allem Zugehörigkeit, Orientierung an Werten und die Suche nach klaren Regeln und Grenzen. Ein großes Bedürfnis ist im Jugendalter natürlich auch Provokation. Der Diskurs um religiösen Radikalismus macht es den Jugendlichen sehr einfach. Damit können sie noch provozieren in einer Gesellschaft, die so individualisiert und pluralistisch ist. Tätowierungen sind mittlerweile was völlig Normales, und pornografische Elemente gibt es in jeder Werbung. Dschihadistische Parolen hingegen



„Ein Drittel des Lebens der Jugendlichen spielt sich in sozialen Medien ab und trotzdem haben soziale Medien wenig Platz an der Schule.“

sind inzwischen die ultimative Provokation. Das ist sehr lustvoll, denn wenn die Jugendlichen erkennen, dass sie in der Gesellschaft Angst auslösen können, sehen sie sich in einer Machtposition. Wir haben keine Angst vor ihnen. Wir kennen sie und unterscheiden zwischen jugendadäquater

Provokation und echten Krisen, und wir versuchen ihnen alternative Möglichkeiten zu zeigen, mit denen sie ihre Bedürfnisse befriedigen können.

Muss die Gesellschaft lernen, mit diesen neuen Provokationsformen umzugehen?

Die Geschwindigkeit, mit der Propaganda verbreitet wird, hat sich enorm erhöht. Konflikte, die eigentlich weit weg sind, sind direkt vor unserer Haustür. Die neuen Medien tragen sofort Bilder aus dem Krieg hierher. Das ist sowohl für die Jugendlichen als auch für uns eine Überforderung. Institutionen wie die Schule reagieren langsam auf diese Veränderungen. Ein Drittel des Lebens der Jugendlichen spielt sich in sozialen Medien ab, und trotzdem haben soziale Medien wenig Platz an der Schule.

Aus den Schulen hört man ja, dass Lehrer schnell die Polizei einschalten, wenn muslimische Schüler sich auffällig äußern.

An den Schulen gibt es viele strukturelle Schwierigkeiten. Viele Lehrer fühlen sich überfordert, weil sie nicht nur unterrichten, sondern immer mehr erzieherische Aufgaben übernehmen müssen. Bei heterogenen Klassen mit bis zu 30 Schülern wird das zum Problem. Deshalb brauchen wir eine Bildungsreform, die Konzepte wie „Teaching“ einführt. Wir bei der Jugendarbeit sind ja nie allein. Wir arbeiten in einem Team, und für mich wird die Arbeit einfacher, wenn ich weiß, dass ich mich auf die Kollegen verlassen kann. In der Schule ist das nicht immer so. Der mediale Diskurs über Radikalisierung erzeugt viel Angst. In dieser Atmosphäre glauben Lehrer schnell, dass sie mit ihren pädagogischen Ressourcen am Ende sind. Ganz viele Probleme, die beispielsweise mit familiären Schwierigkeiten zu tun haben, werden gleich mit Extremismus assoziiert.

Was können Schulen und die Politik aus eurer Erfahrung in der Jugendarbeit lernen?

Man kann sich aus unserer Arbeit ganz viel abschauen in puncto Haltungen und Wertschätzungen. Uns ist egal, wer wo herkommt, wir behandeln alle gleich. Wir sind offen für die Themen und Interessen der Jugendlichen. Wir arbeiten ressourcenorientiert. Das heißt, wir versuchen sie in ihrem Können zu unterstützen und nicht ihre Schwächen auszumerzen. Das Schulsystem muss sich auf die individuellen Stärken und Interessen der Jugendlichen einlassen.

KEINE POLIZEI- METHODEN

Seit Dezember hat Österreich eine Beratungsstelle für Extremismus. Sie wurde im Familienministerium eingerichtet. Populismus oder wirkungsvolle Maßnahme?

Text: Markus Lust

Ob im privaten Gespräch oder im öffentlichen Raum, Extremismus gerät schnell zur politisch aufgeladenen Projektionsfläche. Veranstaltungen wie die erste PEGIDA-Demo in Wien, bei der es offensichtlich zu Verstößen gegen das Verbotsgesetz kam, belegen das. Dasselbe gilt für die „Patriotischen Europäer“ selbst: Sie stilisieren sich zu besorgten Vaterlandsverteidigern und orten Extremismus lieber als Gefahr der „Anderen“, etwa indem sie von der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ auf Muslime schließen. Dass Extremismus kaum jemals unpolitisch besprochen wird, zeigt auch die Debatte um den neuen Roman von Michel Houellebecq, „Unterwerfung“, der am Tag des „Charlie Hebdo“-Massakers erschienen ist. Darin beschreibt Houellebecq den Wahlsieg einer französischen Version der „Islamischen Bruderschaft“ in naher Zukunft, die daraufhin mitten in Frankreich die Scharia einführt. Was in der öffentlichen Kritik aber ausgeklammert wird, ist, dass Houellebecqs vermeintliche Islamophobie vor allem eine Satire auf Frankreichs intellektuelle ist. Houellebecq skizziert darin die Bedrohung durch eine pseudointellektuelle Linke, die sich gern als kritischere Alternative zur neuen Rechten inszeniert, aber

sich bei der nächstbesten Gelegenheit selbst einer Autokratie in die Arme wirft.

Angesichts der Ideologisierung realpolitischer Probleme ist ein gewisser Pragmatismus wichtig. Denn unabhängig davon, wie real eine Bedrohung auch sein mag – die Ängste davor sind es immer. Und damit auch das Bedürfnis nach Aufklärung, Vermittlung, Entwarnung.

Extremismus als Provokation

Nun soll das die neu geschaffene „Beratungsstelle Extremismus“ leisten, die im vergangenen Dezember im Bundesministerium für Familien und Jugend eingerichtet wurde. 115 Mal wurde das Angebot in den ersten 50 Tagen bereits genutzt, erzählt eine der Beraterinnen. Die Hotline „richtet sich an Angehörige und Multiplikatoren wie Lehrerinnen, Betreuer und alle, die den Verdacht haben, dass sich ein Kind einer extremistischen Gruppe angeschlossen haben könnte oder mit einer sympathisiert“. Dabei werde absichtlich nicht zwischen unterschiedlichen Formen von Extremismus unterschieden: „Unsere Definition ist oft eine andere als die der Anrufer. Egal ob es um Rechtsextremismus oder Dschihadis-

mus geht – wir versuchen, den Begriff bewusst so breit wie möglich zu verstehen.“ Damit arbeitet die Beratungsstelle der Instrumentalisierung ihres Angebots so gut wie möglich entgegen.

Ins Leben gerufen wurde die Hotline von Familienministerin Karasin als „Präventions- und Informationsoffensive“. Die Frage, in welchem Maß Extremismus, etwa in

**GLAUBE NICHT, DASS DIE
GEFAHR GRÖßER IST ALS
IN DEN 70ER JAHREN.
VERENA FABRIS**

Form von Dschihadismus, tatsächlich eine Bedrohung in der westlichen Welt darstellt – in den USA stehen die Chancen höher, durch ein Kleinkind mit Waffe zu sterben –, lässt sich nicht ohne Weiteres beantworten.

Auch für Verena Fabris, Leiterin der Beratungsstelle Extremismus, ist die Antwort nicht so eindeutig. „Extremismus ist ein ernst zu nehmendes Phänomen. Ich glaube aber, dass es immer schon Formen von Ex-





Hotline für Extremismus: Sich fremdfühlen ist oft eine Ursache.

tremismus gegeben hat“, ergänzt sie. „Man muss auch differenzieren: Gerade in der Jugend ist es wichtig, radikale Ansichten zu vertreten. Ich glaube nicht, dass die Gefahr heute größer ist als etwa in den 70er-Jahren. Die mediale Aufmerksamkeit macht auch immer etwas mit einem Thema. Vor einigen Jahren hieß es zum Beispiel, dass alle Jugendliche Komatrinker seien.“ Wichtig sei vor allem, Ursachen zu verstehen und nicht Auswirkungen abzuurteilen, so Fabris: „Der religiöse Extremismus unter Jugendlichen ist vor allem eine Form, sich von den Eltern abzugrenzen. Er ist heute die größtmögliche Provokation.“ Um Einzelfälle bestmöglich zu behandeln, war es Fabris wichtig, dass die Beratungsstelle nicht dem Innenministerium unterstellt ist und „keine Sicherheitsbehörde“ darstellt – man wollte nicht mit „polizeilichen Methoden“ arbeiten.

Ursachenforschung ist angesagt

Konkret beginnt die Arbeit der Beratungsstelle Extremismus meistens mit einem Anruf bei der Hotline 0800/20 20 44, danach

folgt häufig ein Erstgespräch. „Oft ist es auch schon hilfreich, Tipps zu geben. Wir kooperieren auch mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft und NGOs, können auch an Therapeuten weitervermitteln“, erklärt eine andere Beraterin. Es soll möglichst unbürokratisch vorgegangen werden. Man setzt auf Multimodalität und Flexibilität. Je weniger im Vorfeld kategorisiert wird, umso besser, denn: „Extremismus hat oft nur an der Oberfläche mit Religion zu tun. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Faktor des Fremdfühlens oft ein Grund für Extremismus ist.“

Unter den ersten 115 Fällen gab es drei, bei denen mit Einverständnis der Angehörigen der Verfassungsschutz verständigt wurde. „In einem Fall war die Tochter zum Islam konvertiert, hatte gegen den Willen der Eltern einen IS-affinen Salafisten geheiratet und stand kurz vor der Ausreise. Das Mädchen hat schließlich sogar den Ausstieg aus der Szene geschafft“, erzählt Fabris.

Zum Ausstiegsprogramm gehört, dass die Bedürfnisse, die Extremismus stillt, durch etwas anderes ersetzt werden. Ursachenforschung statt polemischer Debatten sei hier angesagt.

„Betroffene Jugendliche haben häufig Ausgrenzungserfahrungen gesammelt. In einigen Fällen meinten die Eltern: ‚Du liest den Koran jetzt nicht mehr.‘ Hier versuchen wir auch, die Angst vor der Religion zu nehmen.“

Ob die Beratungsstelle für Extremismus, die sich laut Fabris am deutschen Vorbild orientiert, dafür der richtige Ort ist, wird sich weisen. Auch wenn man in deren Einrichtung eine populistische Maßnahme orten kann, die Familienministerin setzt damit immerhin auf ein Signal gegen gesellschaftliche Ausgrenzung – während die Innenministerin einen scharfen sicherheitspolitischen Kurs fährt und nach Kampfhubschraubern verlangt und selbst mit der Abschaffung der unabhängigen Rechtsberatung für AsylwerberInnen noch punkten will.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),
Andreas Görg, Magdalena Summereder,
Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Rusen Timur Aksak, Eva Bachinger, Ali Cem Deniz, Clara Drexler, Murat Hirsekorn, Nermin Ismail, Dudu Küçükögl, Markus Lust, Heinz Patzelt, Martin Schenk, Richard Schubert, Philipp Sonderegger,

BUSINESS DEVELOPMENT:

 Magdalena Summereder

COVERBILD:

 Karin Wasner

LEKTORAT:

 Susanne Drexler

ARTDIREKTION:

 Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

 Theo Kammerhofer

DRUCK:

 Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

 Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

AUFLAGE:

 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: OPSKATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen

bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

KLIMASCHÄDEN

Warum ich nicht mehr arbeiten kann

Verbale Übergriffe gegen SchülerInnen und islamophobe Äußerungen von KollegInnen. Wie mein Alltag als islamischer Religionslehrer an einem Gymnasium in Wien aussieht.

EIN BERICHT VON MURAT HIRSEKORN

Ich arbeite im fünften Jahr als islamischer Religionslehrer an Oberstufenrealgymnasien in Wien. Eigentlich müsste es heißen: „arbeitete“. Warum, das möchte ich Ihnen erzählen: Da ich im Sommer neu an diese Schule kam, stellte ich mich allen Kolleginnen und Kollegen vor. Keine so gute Idee, denn ich traf den Schulpsychologen. Er fragte mich gleich, ob ich der neue islamische Religionslehrer sei. Er müsse unbedingt mit mir reden. Als ich fragte: „Worüber?“ erhielt ich nur die Antwort: „Wegen häuslicher Gewalt.“ Aha, dachte ich. Ich bin aber islamischer Religionslehrer und kein Sozialpädagoge oder Psychologe. Der Hintergrund war wohl der, dass der Stadtschulrat im Sommer die Devise ausgab, SchülerInnen mit radikalen Tendenzen zu melden und bei Muslimen ganz besonders auf häusliche Gewalt zu achten. Klar! Bei Christen würde sowas ja nie vorkommen. Als es sich herumsprach, dass ich der Neue bin, blieben mir unzählige Kommentare nicht erspart. Eine Kollegin sprach mich aus heiterem Himmel darüber an, dass sie gegen das Kopftuch sei, da sie Uniformierungen prinzipiell ablehne. Einmal saß ich am Tisch und aß eine Käsesemmel. Eine andere Kollegin war sich nicht zu schade, mir unaufgefordert einen kleinen Vortrag zu halten, in dem sie das Kopftuch mit dem Hakenkreuz verglich. Weitere Einzelheiten dieser Analogie möchte ich Ihnen

ersparen, am Ende hieß es nur knapp: „Brauchen wir beides nicht!“

Nennen Sie mich nun ruhig naiv, aber ich wusste einfach nicht, wie ich damit umgehen soll. Also sagte ich erst mal nichts. Die Wochen vergingen und ich wurde von KollegInnen auf SchülerInnen angesprochen, ob nicht doch jemand radikale Ansichten hätte. Ich bin zwar islamischer Religionslehrer, aber kein Kulturanthropologe. Egal woher ein/e Schüler/in auch kommen mag, von Marokko über Albanien, Tschetschenien bis nach Afghanistan – Immer werde ich gefragt: „Was ist mit ihm, mit ihr los?“ Keine Ahnung! Meine lieben KollegInnen: Ihr kennt diese Menschen länger und besser als ich, warum fragt ihr ausgerechnet mich?

Von SchülerInnen

Nun habe ich auch mit den SchülerInnen gesprochen und interessantes erfahren. Eine Kollegin habe eine Schülerin mit Verschleierung als Gespenst bezeichnet. Ein Schüler berichtete mir, dass ein Lehrer in die Klasse kam und ihnen anbot, einen Witz zu erzählen. Die SchülerInnen waren natürlich begeistert, da dieser Lehrer ansonsten seinen Humor zu Hause vergisst. Der Witz ging so: „Was ist der Unterschied zwischen Juden und Türken? Die Juden haben es schon hinter sich.“ Ein Witz auf der Höhe der Zeit: sowohl interreligiös als auch interkulturell. Ein anderes Mal forderte eine Leh-

rerin eine Schülerin auf, ihr Kopftuch abzunehmen, weil dieser warm war und sie das Fenster öffnen wollte. Einen Schüler, der einen ägyptischen Hintergrund hat, eröffnete die Lehrerin, dass bei ihnen (also in Ägypten) sowieso 50 Prozent der Frauen verstümmelt seien. Daran ist wohl auch der Schüler schuld. Ich informierte die Schuldirektorin über diese Vorkommnisse. Sie erwähnte das in einer Konferenz, in der ich nicht anwesend war.

Die „Experten“

Das Kopftuch ist immer wieder ein Thema und bestimmte ProfessorInnen sind sich nicht zu schade, dieses Thema ständig anzusprechen. Egal welches Fach sie auch unterrichten. Einmal sprach ich einen dieser Kopftuchexperten an, da es einigen Schülerinnen unangenehm ist, wenn man sie ständig darauf hinweist und sagt, dass es doch keine religiöse Pflicht sei und der Koran dies nicht verlange. Das ist auch so eine Sache: LehrerInnen palavern über Verse im Koran, als hätten sie an der al-Azhar Universität Koran-Exegese studiert. Vielleicht haben sie auch einen Kurs in der Volkshochschule darüber absolviert, da der Islam ja mittlerweile ein topaktuelles Thema ist. Nun antwortete der Lehrer, dass das Kopftuch ja schließlich ein Symbol sei und wer es trage, müsse, vor allem als Schülerin in der Oberstufe, auch in der

Lage sein, das zu erklären. Ach so ist das! Ich dachte hier gibt es Religionsfreiheit und Menschen müssten sich nicht ständig rechtfertigen.

Überall Radikale

Ein Lehrer fragte mich, ob ein Schüler radikal sei. Er hatte ihn nach den Attentaten in Paris angesprochen und natürlich auch das Kopftuch wieder thematisiert. Der Schüler gab folgendes von sich: „Wenn im Gazastreifen 2.000 Palästinenser sterben gibt es keine Solidaritätsbekundung und es gibt auch Musliminnen die freiwillig die Burka tragen.“ Über diese Aussage lässt sich sicherlich diskutieren, aber er ist doch nicht radikal aufgrund dieser Bemerkung. Als ich später im Konferenzzimmer mit einer Kollegin und einem Kollegen allein war, wurde wieder die angebliche Aussage eines Schülers zum Thema. Keiner von uns hatte es persönlich gehört. Egal, aus dem Kollegen brach heraus, was sich angestaut hatte: „Diese gewaltverherrlichenden Stellen im Koran... wir wissen ja nicht, was in den Schülern vorgeht... sie werden in Moscheen radikalisiert.“ Der Hass, mit dem er das vortrug, erschreckte mich. Die Kollegin setzte nahtlos fort: „Ja, und da gibt es eine Moschee am Westbahnhof... Dort gibt es einen Mann mit Bart und Kappe, der ist bestimmt Salafist...“ Also ich selbst kannte diese Moschee nicht und war verwundert, woher sie ihre detaillierten Kenntnisse hatte. Könnte sie überhaupt zwischen einem türkischen Sufi, einem Afghanen oder einem Pakistaner unterscheiden?

Auch durfte ich mir eine Erklärung anhören, warum Schweinefleisch im Islam verboten ist. Schweinefleisch hält sich ja nicht lange, die Muslime hatten keine Kühlschränke, usw. Ich dachte, Fisch verdirbt auch recht schnell, ist aber nicht verboten, schon mal darüber nachgedacht? Kein Versatzstück der „Islam-Diskussion“ wurde ausgelassen: Der Islam müsse sich endlich modernisieren und

einen Papst bräuchten wir auch. Wir sind also so rückständig, dass man uns das System der katholischen Kirche als fortschrittlich anpreist?

Der Stadtschulrat

Die zuständige Stelle für eine Beschwerde wäre wohl der Stadtschulrat. Doch genau von dort kam die Anweisung, SchülerInnen mit radikalen Tendenzen zu melden. Kurse sollen die Lehrer darüber informieren, was denn überhaupt unter radikal zu verstehen ist. Ein Fachmann schwadronierte über bestimmte Begriffe, die von Radikalen bzw. angehenden Radikalen häufiger ausgesprochen werden: „Inshaallah, Maschaallah, Subhanallah, Astagfirullah“ und „Yani“. Tatsächlich werden die ersten vier Wörter von allen Muslimen verwendet, auch mehrmals täglich. Der letzte Begriff bedeutet so viel wie „also, das bedeutet“ und hat sich in verschiedenen muslimischen, nicht-arabischen Kulturen von der Türkei bis Pakistan durchgesetzt. Würden die LehrerInnen alle SchülerInnen melden, die diese Wörter aussprechen, wären sie wohl selbst bald arbeitslos...

Nun lag im Konferenzzimmer eine Liste für einen Kurs über Extremismus-Prävention aus, in die sich die ProfessorInnen eintragen können. Eine Kollegin hielt mir die Liste unter die Nase: „Hier schau mal, das ist doch was für dich.“ „Nee, ist nichts für mich.“ „Aber du und dein Fach, das passt doch.“ „Ich habe wirklich kein Interesse.“ „Warum blockst du denn bei dem Thema immer so ab?“ Was will sie mir sagen? Meine, also die muslimischen SchülerInnen, sind am ehesten gefährdet? Ich empfinde es aber als verletzend, dass man sie als potentielle Attentäter hinstellt. Ständig muss man sich rechtfertigen. Während niemand zu einem Deutschlehrer gehen und sagen würde: „Schau mal. Du hast doch Germanistik studiert und kennst dich aus mit den Deutschen. Warum hat der NSU die ganzen Ausländer umgebracht? Erklär mir das alles.“ Wenn es Orte gibt, an

denen muslimische Jugendliche radikalisiert werden, dann sind das nicht nur Moscheen, sondern auch Schulen. Wenn man jungen Menschen ständig deren Andersartigkeit vorhält, ihnen das Gefühl gibt, nicht dazu zu gehören, dann ist das keine Integration. Anstatt Kurse für Extremismus-Prävention sollten welche gegen Vorurteile über Islam und Muslime angeboten werden.

Die Atmosphäre

Nach den Anschlägen in Paris wurden Karikaturen im Stiegenhaus der Schule aufgehängt. Als eines dieser Bilder herunterfiel, rief der beaufsichtigende Lehrer nicht etwa: „Was ist passiert, ist jemand verletzt?“ sondern: „Wer war das?“. Glaubt er wirklich, dass ein muslimischer Schüler seine Kunstwerke vernichten wollte? Anscheinend ja. Die gesamte Atmosphäre ist so vergiftet, dass ein Lehrer, als SchülerInnen vor der Schule einen Silvesterkracher in einen Mistkübel werfen, nach der Polizei ruft. Er glaubt, sie hätten das wegen der Karikaturen, die in der Schule aushängen, getan. Paranoia?

Ich sage nicht, dass alle Kolleginnen an dieser Schule so sind. Aber auch so empfand ich es schlimm genug. Mir tut es vor allem um die SchülerInnen leid, die solche Erfahrungen machen müssen. Und ich bitte alle um Verzeihung, falls ich ihnen Unrecht angetan haben sollte. As-SalamuAlaykum.

PS: All das hat mich so stark belastet, dass ich momentan im Krankenstand bin. Um genau zu sein, handelt es sich um eine Belastungsreaktion mit begleitenden Burnout-Elementen und Panikattacken. Danke!

*Die lange Version ist auf der Website des Netzwerks Muslimische Zivilgesellschaft nachzulesen.
www.dieanderen.net*

KOPFTUCH, KIPPA UND KREUZ

Wenn es um Themen der Religionsausübung geht, geraten Muslime und Juden oft gleichermaßen unter Beschuss. Imam Ramazan Demir und Rabbiner Schlomo Hofmeister im Gespräch über Österreich und Schweinefleisch, Kreuze und Fundamentalismus.

Interview: Alexander Pollak, Gunnar Landsgesell
Fotos: Magdalena Blaszcuk

MO: Die religiöse Praxis von Juden wie auch Muslimen ist immer wieder Thema öffentlicher Diskussionen, etwa als ein Kölner Gericht 2012 die Beschneidung von Buben für strafbar erklärte. Die Diskussion setzte sich auch in Österreich fort. Löst so etwas ein Gemeinschaftsgefühl zwischen Juden und Muslimen aus?

Hofmeister: Jein. Also ich glaube nicht, dass nur die gemeinsame Gegnerschaft bei Angriffen auf religiöse Riten verbündet. Es gibt doch positive Dinge zwischen Judentum und Islam, die eine Gesprächsbasis schaffen.

Demir: Ich denke schon, dass das verbindet, wenn in der muslimischen Community darüber berichtet wird, dass auch die Juden die Beschneidung haben oder dass auch die Juden darauf achten, wie sie ihr Fleisch schächten.

In der Praxis ist es so, dass Muslime wie auch Juden jeweils ihren eigenen Ritus verteidigen. Wäre das nicht Anlass für eine strategische Allianz?

Demir: Ich bin den Juden schon dankbar. Weil es eine Art Schutz für uns darstellt,

wenn wir bei Angriffen der Bevölkerung darauf sagen können: Schaut her, so wie im Judentum ist das auch im Islam eine Pflicht. Dann wird eher nicht mehr weiter nachgehakt. Also ich muss schon sagen, Schlomo, da bin ich euch dankbar (lacht).

Hofmeister: Wobei ich glaube, dass wir quantitativ eher von euch geschützt werden.

Demir: Okay! Wir haben zirka 600.000 Muslime in Österreich und ich glaube 6.000 Juden. Oder mehr?

Hofmeister: Wir haben 8.000 Gemeindeglieder. Aber natürlich, das Judentum ist die älteste Religion Europas und hat damit einen anderen Anspruch auf Bewahrung ihrer Religionsrechte als der Islam, der doch relativ neu dazu gekommen ist. Bestimmte Riten, die zur Religionsausübung im Islam gehören, wären eventuell noch stärker unter Beschuss, wenn sie nicht auch im Judentum vertreten wären.

Debatten wie diese werden oft politisch benutzt, um Fronten zu schaffen. Die FPÖ hat etwa das Schweinefleisch zum österreichischen Kulturgut erhoben und



gemeint, wenn in Schulen und Spitälern kein Schweinefleisch mehr serviert wird, dann geht ein Stück Österreich verloren. Sehen Sie Schweinefleisch auch als ein österreichisches Kulturgut?

Hofmeister: Nein.

Demir: Ich kenne viele „waschechte Österreicher“, die Vegetarier oder Veganer sind. Also, ich meine, das ist doch Propaganda, zu sagen: Wer Schwein isst, gehört zu uns.

Hofmeister: Die Frage stellt sich, was eigentlich österreichisch ist?

Anders gefragt: Stört es Sie, wenn in Österreich Schweinefleisch gegessen wird?

Demir: Definitiv nicht. Warum denn?

Das unterstellt die FPÖ. Sie behauptet, Muslime sind beleidigt, wenn irgendwo Schweinefleisch serviert wird.

Hofmeister: Vielleicht wenn ihnen selbst



ZUR PERSON

Ramazan Demir

Ramazan Demir, 1986 in Ludwigshafen geboren, ist Imam in Wien und arbeitet ehrenamtlich als Gefängnisseelsorger der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ).

Schlomo Hofmeister

Schlomo Hofmeister, 1975 in München geboren, ist Gemeinderabbiner in Wien. Im Dezember 2014 reisten Demir und Hofmeister gemeinsam nach Istanbul, Israel und in die palästinensischen Gebiete und sorgten damit für einige Verblüffung.

oft die Anfrage von besorgten Mitbürgern, die sich darüber wahnsinnig aufregen, dass in der Synagoge Männer und Frauen beim Gebet getrennt sitzen. Es betrifft sie nicht. So lange die jüdischen Frauen und Männer damit einverstanden sind – und ich kann Ihnen einige Dutzend sehr emanzipierter jüdischer Damen nennen, die das genauso möchten –, so lange ist das auch so. Was also stört es den österreichischen Mitbürger, wenn andere österreichische Mitbürger jüdischen Glaubens im Sommer mit Pelzmützen rumlaufen? Er muss es ja nicht machen. Wir sollten uns darüber einig sein, dass man es jeder Religion selbst überlassen

ICH BIN DEN JUDEN SCHON DANKBAR. WEIL SIE EINE ART SCHUTZ FÜR UNS DARSTELLEN. RAMAZAN DEMIR

muss, inwieweit sie sich aufklären, säkularisieren und assimilieren lassen möchte.

Demir: Nur mal kurz zum Begriff radikal, den Sie in Ihrer Frage verwenden. In der Bevölkerung glaubt man da sofort, jetzt geht es um Fundamentalisten. Aber ich weiß, Sie meinen radikal in religiöser Hinsicht, als Lebensführung. Natürlich gibt es diese Pluralität. Es gibt sowohl Juden als auch Muslime, die ihre Religion richtig ausleben wollen. Also bei uns gibt es Sufis, die sagen „Friede durch die Mystik“, und wir haben Salafisten, die nicht zu den radikalen Fundamentalisten gehören. Das Wort Salaf bezieht sich ja auf die Generation, die

Demir: Das ist doch Propaganda, zu sagen: Wer Schwein isst, gehört zu uns.
Hofmeister: Die Frage stellt sich, was eigentlich österreichisch ist?

Schweinefleisch serviert wird.

Demir: Nicht einmal dann wäre jeder gleich beleidigt. Dann würde man erstmal darauf aufmerksam machen, dass wir kein Schwein essen.

Wie verhält sich das mit Kreuzen in Schulklassen, um noch einmal die FPÖ zu zitieren. Stören Sie die?

Hofmeister: Ich würde so sagen. Wenn von Seiten der säkularen Kritiker Religionssymbole in Klassenzimmern kritisiert werden, ist das schon berechtigt. Inwieweit hat ein religiöses Symbol, staatlich verordnet, dort seine Berechtigung? Zudem in einem multikulturellen Land? Wenn ein Individuum seine religiösen Symbole trägt, egal ob Kopftuch, Kippa oder Kreuz an der Kette, ist das privat. Wenn der Staat es verordnet, dann darf man das hinterfragen. Aber es scheint hier in Österreich einfach dazuzu-

gehören. Es gibt jedenfalls keinen Juden und, ich glaube auch keinen Moslem, der sich weigert, ein Spitalszimmer zu betreten oder der sein Kind an eine andere Schule schickt, weil dort ein Kreuz hängt. Aber klar ist auch: Eine Staatsreligion gibt es in Österreich nicht – hat es auch nie gegeben.

Sowohl Judentum wie auch Islam sind Religionen, die teils sehr orthodox oder radikal gelebt werden. Dazu zählt auch, dass das Geschlechterverhältnis sehr klar geregelt ist, dass in bestimmten Situationen Männer und Frauen getrennt sein sollen. Wie gehen Sie mit sehr orthodoxen Strömungen um?

Hofmeister: Wenn etwas zum Tabu innerhalb einer Religion gehört, dann betrifft es die Religion selbst. Darüber müssen sich diejenigen nicht mokieren, die es nichts angeht. Als Beispiel: Wir bekommen sehr



Ein bisschen Empathie erwarte ich von der Mehrheitsgesellschaft auch. Ramazan Demir

nach dem Propheten gelebt hat. Das heißt, nicht jeder, der kommt und sagt, ich bin ein Salaf, ist radikal. Das muss man auch erst mal verstehen. Das Wissen von Außenstehenden ist leider oft sehr gering.

Die jüngste Debatte hat sich an einem Schulthema entzündet. Es soll vorgekommen sein, dass Eltern LehrerInnen nicht die Hand geben wollten, was als Mangel an Respekt verstanden wurde.

Demir: Nein, das hat nichts mit mangelndem Respekt zu tun. Wenn eine muslimische Frau in die Schule kommt, und der Lehrer streckt ihr die Hand entgegen, sie aber sagt, ich darf es nicht, wegen meiner Religion, dann ist das doch zu respektieren. Auch in Japan geben sich Männer und Frauen nicht die Hand. Aber wir erleben auch Entwicklungen. Viele Muslime oder Muslime geben mittlerweile auch die Hand. Ich tu's ja auch. Weil ich genau weiß, der andere kennt das nicht. Das hat auch etwas mit Empathievermögen zu tun. Aber ein bisschen Empathie erwarte ich auch von der anderen Seite.

Hofmeister: Die Frage lässt sich auch im europäischen Judentum an zwei Grundströmungen ablesen: Im westeuropäischen Judentum war es üblich, dass sich Männer und

Frauen die Hand geben, im osteuropäischen Judentum war es nicht gestattet, also ein Tabu. Seit dem Ende der Shoa hat sich im Prinzip die osteuropäische Ansicht durchgesetzt. Das hat verschiedene Gründe. Aber jene westeuropäischen Meinungen in der rabbinischen Literatur, wonach Männer und Frauen sich die Hand zur Begrüßung geben dürfen, weil es eine rein soziale Konvention

ES GIBT FÜR MUSLIME EIN LEBEN VOR DEM IS UND EINES DANACH. RAMAZAN DEMIR

ist und das Verbot des Körperkontakts hier nicht gegeben ist, sind nicht weniger religiös. Grundsätzlich würde ich aber zu dieser Debatte die Frage stellen: Was ist respektloser, wenn man die religiösen Gefühle des anderen nicht respektiert oder wenn man soziale Konventionen missachtet?

Die Debatte läuft oft über „Vorrechte“: Wir waren zuerst da ...

Hofmeister: Das sind wir wieder bei dieser Debatte. In dem Moment, wo jemand hier geboren ist, hier aufgewachsen ist, ist das sein Zuhause. Er gehört hier genauso hin wie die anderen. Das berechtigt nicht

die Majorität, die anderen in privaten Angelegenheiten zu dominieren. Im Übrigen gab es schon tausend Jahre, bevor es mehrheitlich christlich war, Juden in Österreich. Dennoch kämen wir nie auf die Idee zu sagen, wir waren zuerst da ...

Es wird in letzter Zeit vermehrt von Angriffen auf Frauen, die Kopftuch tragen, berichtet, auch von antisemitischen Attacken. Ist es derzeit eigentlich möglich, in Österreich ein unbehelligtes Leben zu führen?

Demir: Also ich merke im ständigen Kontakt mit muslimischen Jugendlichen, dass es mehr Angst gibt. Frauen, die ein Kopftuch tragen, haben wirklich Angst, nachts allein hinauszugehen. Gestern wurde berichtet, dass drei Muslime in den USA getötet wurden, von einem Atheisten. In Wien wurden Moscheen mit Hakenkreuzen beschmiert. Das spricht sich herum. Also, es ist nicht mehr so wie früher. Zu meiner Zeit hat man gesagt, es gibt ein Leben vor dem 11. September und eines danach. Jetzt gibt es ein Leben vor dem IS und eines danach.

Hofmeister: Also ich kann das durchaus äquivalent übersetzen. Die Unbeschwertheit ist durch die jüngste Entwicklung sicherlich etwas genommen. Und das be-



Gemeinsamkeiten betonen: Im vergangenen Dezember reisten der Imam und der Rabbiner zusammen nach Istanbul, Israel und die palästinensischen Gebiete und sorgten für Irritationen. Die Medien berichteten.

trifft sowohl den von radikalen Islamisten ausgehenden Antisemitismus als auch den der Bürgerlichen, die einerseits die Islamophobie predigen, aber andererseits mit ihrer Islamophobie alles meinen, was nicht im eigenen Konzept liegt. Das heißt, alle Minderheiten, alle Kulturen, die scheinbar für jene Ewiggestrigen nicht ins Konzept passen. Im Fall der PEGIDA-Demonstrationen in Deutschland ist zwar nicht jeder ein Faschist, der sich auf die Straße treiben lässt. Aber es hat sich gezeigt, dass die, die dahinter stehen, sehr wohl dem extrem rechten Spektrum angehören. Sie sagen heute, wir sind gegen Muslime, und morgen werden sie sagen, sie sind gegen andere Minoritäten. Also sitzen wir insofern in einem Boot.

Wundert es Sie eigentlich, dass inzwischen das Judentum in das Abendland einverleibt wurde? Es wird jetzt oft vom „christlich-jüdischen Abendland“ gesprochen in Abgrenzung zum „nichtabendländischen“ Islam.

Hofmeister: Den Begriff „christlich-jüdisches Abendland“ empfinde ich persönlich als Anbiederung. Seit der Zeit der Kreuzzüge wurde im Namen des christlichen Abendlandes das Judentum abgeschlachtet. Und jetzt, nach der Shoa, ist es auf einmal

das „christlich-jüdische Abendland“? Ich habe ein Problem schon mit dem Begriff „Abendland“. Weil allein dieser Begriff Konnotationen beinhaltet, die mit einem toleranten Miteinander unvereinbar sind.

Herr Demir, spielt das Thema Antisemitismus in Ihrer Arbeit mit Muslimen eine Rolle?

MAN KANN DEN KORAN ZERPFLÜCKEN - WIE DIE BIBEL ODER DIE THORA. SCHLOMO HOFMEISTER

Demir: Ich würde sagen, es gibt schon einige, die aufgrund der Israel-Politik antisemitisch sind. Auf die Welt bezogen gibt es viele, die antisemitisch sind, weil sie Israel mit dem Judentum gleichsetzen. Viele heißt aber nicht die meisten.

Hofmeister: Es sind zu viele, aber nicht die meisten.

Demir: Der Konflikt im Nahen Osten ist zweifellos ein großer Faktor. Ein Beispiel: Nach dem Angriff auf die internationale Hilfsflotte vor Israel, wo neun Menschen einfach erschossen wurden, hat man das in der Türkei tagtäglich ausgestrahlt. Und dann hatte ich in einer meiner Schulklassen

eine Schülerin, die gesagt hat: Ach, das sind diese Juden. Da habe ich gesagt: Stopp! Das war die Armee, von mir aus der Staat, aber es waren nicht „die Juden“. Ich gehe dann in meinem Unterricht ganz bewusst immer wieder auch auf das Gemeinsame mit dem Judentum und auch mit dem Christentum ein. Nur so schaffen wir ein Miteinander, einen Zusammenhalt.

Herr Hofmeister, gibt es eine Diskussion über Muslime auch in der jüdischen Gemeinde? Etwa über einen Generalverdacht gegen Muslime?

Hofmeister: Wenn man von Menschen hört, die im Namen ihrer Religion andere Menschen töten, dann macht das Angst. Wenn man sich nicht näher auskennt, denkt man: Na ja, wenn das die Religiösen dieser Religion sind, dann wird das schon die Religion sein, die das rechtfertigt. Und natürlich muss man diskutieren, ob der Islam jenen Extremisten die Möglichkeit bietet, als Argument für Terrorismus herzuhalten. Das scheint so von außen. Tatsächlich kann man den Koran – aus Unwissenheit – zerpflücken und aus Passagen Gewaltrechtfertigungen ableiten. Das Gleiche kann man aber auch mit der christlichen Bibel und mit der jüdischen Thora machen.

HASS - GESCHÜTTELT UND GESCHÜRT



Wie wird Hass gegen Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit geschürt?
Auszüge einer Rede von FPÖ-Bundesobmannstellvertreter Johann Gudenus in Groß Enzersdorf wenige Tage nach den Attentaten von Paris.

„Krawalle, Unruhen, Einschränkungen der Grundfreiheiten, Terroranschläge, Zwangsverheiratungen, Zwangsbeschneidungen, Schlägereien auf Schulhöfen, Bedrängung von deutschen Minderheiten, von deutschsprachigen Minderheiten, all das sind die Früchte dieser Massenzuwanderung.“

„Unsere Kultur, unsere Heimat ist in Gefahr! Und wir wollen gemeinsam ein Zeichen setzen, dass wir weiterhin Herr im eigenen Haus bleiben wollen, jetzt und in Zukunft.“

„Ich sag immer, das Gegenteil von Gutmenschen sind wir, die guten Menschen, die's wirklich gut meinen und auch das Gute wollen. Gutmenschen leben und predigen falsche Toleranz, die genau diese Zustände verursacht haben, wo wir jetzt die letzten Monate sehen mussten, dass hier zum Beispiel in Groß Enzersdorf ein neu Zugewanderter ein Kreuz abgeschnitten hat.* Ja, das sind die Früchte der Gutmenschen mit ihrer falschen Toleranz.“

„Es heißt ja immer der Islam ist per se friedlich und Islamisten sind diejenigen, die ja Öl ins Feuer gießen und den gesamten Islam damit in Mitleidenschaft ziehen. Ich darf hier nur ein paar Zitate bringen, wo man zumindest einmal anfangen sollte, nachzudenken.“

„Ja, in Paris werden Satiriker, satirische Journalisten hingerichtet auf brutalste Art und Weise, in Österreich beginnt es schon

im Kleinen, da werden Kreuze niedergeschnitten, ja, da werden schon die Kreuze in den Schulklassen abgehängt, da gibt es das Nikoloverbot in den Kindergärten, da werden die Weihnachtsfeiern in den Kindergärten nicht mehr als Weihnachtsfeiern tituliert, weil es könnt ja Muslime beleidigen, da gibt es in den Spitälern und in den Kindergärten kein Schweinefleisch mehr, weil auch das würde Muslime beleidigen, ja bitte, wo soll das ganze hinführen!?“

„Wir stehen zu unserem Brauchtum, wir stehen zu unserer Kultur, wir stehen auch zu unserer christlichen Prägung des Abendlandes, dazu gehört auch das Kreuz als Symbol. Wir lassen uns unsere Feste, unsere Feiertage, unsere Brauchtümer nicht nehmen. Nur weil sich irgendein Moslem beleidigt fühlt, werden wir nicht weichen. Wir wehren uns, wir wehren uns.“

„Wir wollen unsere Heimat schützen, es hat sich ja bei uns klar auch in den letzten Jahren auch gezeigt, eine unheilige Allianz, eine unheilige Allianz zwischen Islamisten, radikalen Moslems und selbsternannten Gutmenschen, Linken von Grüne, SPÖ oder sonstwoher.“

„Wir kämpfen an eurer Seite und wir werden nicht ruhen, bis jeder Muslime, der in Österreich ist, sich auch hier, wenn er bleiben will, gerne bereit ist, anzupassen.“

„Und ich sage es zum Abschied zum wiederholten Male, wir sind die Guten, wir

sind die Guten, es ist ganz einfach, ein Gutmensch meint's nicht gut, macht's auch nicht gut, das haben die letzten Jahre der Politik auch eindeutig gezeigt. Wir sind die Guten.“

**Der Hintergrund: Ende November 2014 ließ ein Bewohner in Groß Enzersdorf ein Kreuz, das vor seinem neu erworbenen Haus stand, entfernen. Ousama El N. lebt und arbeitet seit 30 Jahren in Österreich, seine Kinder sind hier geboren. Er betont: „Ich bin weder praktizierender Moslem noch möchte ich zum politischen Spielball werden.“ Er gibt an, dass er nicht gewusst habe, dass das Kreuz auf öffentlichem Grund stand und er es deshalb nicht hätte entfernen dürfen. Es kam zu einem Gespräch zwischen Herrn N., dem örtlichen Pfarrer und dem Bürgermeister. Es wurde vereinbart, dass das Kreuz renoviert und an einer anderen Stelle in der Gasse wieder aufgestellt wird. Das Kreuz wurde bereits vor zwölf Jahren versetzt, als es einer Reihenhaussiedlung weichen musste. Die Kosten für die Renovierung und Versetzung übernimmt Herr N., der betont, dass er sich bei allen entschuldigen möchte, deren Gefühle er verletzt hat. Doch trotz dieser Entschuldigung und der getroffenen Lösung schürte die örtliche FPÖ weiter Emotionen. Sie diffamierte N. als „radikalen Islamisten“, schürte Hass und rief mit Unterstützung ihrer Bundesparteiführung am 10. Jänner zu einer Kundgebung zur „Erhaltung der österreichischen Kultur“ auf, auf der Gudenus seine Rede hielt.*

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL
FOTO: LEA FRIESSNER



Frau Bock hatte im Dezember 2013 einen Schlaganfall. Körperlich geht es der Flüchtlingshelferin mittlprächtigt, sie sitzt im Rollstuhl und macht die Übungen der Physiotherapeutin mit, weil ihr nichts anderes übrig bleibt. Geduld ist gefragt. Ihren Humor hat sich Frau Bock bewahrt. Eine Mitarbeiterin fragt, ob sie den Besucher wiedererkennt. Frau Bock antwortet mit gespielter Ingrimm: Ich hab'n Schlaganfall g'habt, aber deswegen hab'ich noch kein Alzheimer, und lacht.

Mich hat's ja nicht so schlimm getroffen wie andere. Im Spital habe ich Kinder mit sieben, acht Jahren gesehen mit einem Schlaganfall. Ich hab gar nicht gewusst, dass es sowas gibt. Die Rettung hat einen Buben hergetragen und ins Bett gelegt, sodass man ihn gleich beobachten kann. Grauenhaft. Und die vielen Leut', die sich kränken, weil sie allein sind, das ist nicht schön. Wenn ich jetzt zur Rehab wieder ins Spital muss, fürcht' ich mich schon davor, dass man alles mitkriegt, wie's den anderen geht. Am Sonntag werd' ich in der Früh munter und hör daneben im Zimmer jemand raunzen. Ich hab nicht verstanden, was er sagt, aber ich hab das Gefühl, es tut ihm was weh. Also ruf ich die Schwester, dass sie einmal nachschaut. Sie kommt zurück und sagt: „Na ja, er kränkt sich halt, weil er keinen Besuch gehabt hat.“ Die haben mich alle vergessen, keiner interessiert sich für mich, so ungefähr war der

Text. Darauf sag ich: Jetzt gehen S' hinüber und sagen, des ist überhaupt ned wahr. Seine Familie wird in der Früh munter und denkt sich sicher: Gott sei Dank ist der Alte noch im Spital (lacht). Aber im Ernst, ich weiß ja nicht, was wirklich mit seiner Familie ist. Ich kann mich aber noch erinnern, wie mein Vater im Spital war. Wir haben damals gewusst, der kann dort nicht einfach davonrennen – weil er daheim halt so schwierig war.

Noch die Alte

Aber das Schlimmste ist, dass es so viele Junge gibt, denen es so schlecht geht. Ich selbst muss ja nimmer was weiß ich was machen. Schreiben kann ich. Und ich hab grad festgestellt, dass ich noch weiß, wie ich heiß' (lacht). Die Papiere kann ich auch noch ausfüllen. Sicher, ein bissl Schmerzen hab ich schon, aber nicht umwerfend. Es tut halt der Fuß weh, ich war auf der linken Seite von oben bis unten gelähmt. Am Anfang hab ich auch nicht reden können, das ist mir gar nicht aufgefallen. Na ja, ein bisserl was möchte ich schon noch erledigen, bevor mich der Teufel holt. Ich möchte, dass das Haus in Ordnung ist. Und ich will eine Notschlafstelle einrichten. Weil wenn Leute, Mütter mit Kindern, am Abend anläuten und nicht wissen, wo sie übernachten sollen, das ist nicht gut. Eine Notschlafstelle kostet nicht viel, das ist nur Arbeit. Aber dazu müsste

ich zumindest wieder gehen können. *Das Haus ist nicht barrierefrei, mit einem Rollstuhl kommt man die kleine Treppe im Eingang nicht hoch.* Ich hab da hinten so einen Stock, Sie wissen schon, mit die drei oder vier Hax'n. Vielleicht montiert mir jemand da draußen am Gang so eine Stange, wie's die im Spital gibt, dann kann ich dort an der Wand entlang gehen. Und wenn ich von der Rehab zurückkomm', dann werd' ich eh schon fliegen können von der ganzen Behandlung. Oder ich trainier solange das Gehen, bis ich Stiegen auch wieder steigen kann. Oder? Gut.

Ein bisserl herrichten

Dem Haus fehlt jetzt so eine Bissgurn, wie's ich bin. Letztens sagt mir einer, der Nachtdienst hat: Es ist noch ein Besucher im Haus, der will halt ned gehen. Und die Kinder, die machen einen Lärm. Stimmt. Ich bin raus auf den Gang und hab einmal raufgeplärrt, darauf war's totenstill. Wie die Ameisen haben sie sich verkrochen (lacht). Na ja, zu tun is immer was. Letztens ruft mich eine Frau an, die sagt, ich hab in meinem Haus zwei Wohnungen frei, ich würd Ihnen die zur Verfügung stellen. Ein bisserl herrichten müsste man sie halt, auch was das Wasser und den Strom betrifft. Das Sozialamt wollt' sich nicht an den Kosten beteiligen. Ich hab sie natürlich genommen. Jetzt hab ich drei Familien dort wohnen.

POPULÄR GESEHEN

Höfliche Nichtbeachtung

Im Aufzug entdeckt man das Gute am Nebeneinander. Aber nicht nur.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Ich steige in den Aufzug. Jeder Mensch macht das einmal in 72 Stunden. Durchschnittlich. Ich bin nicht allein. Noch wer anderer fährt in den dritten Stock. Ich nicke. Der andere auch. Dann schauen wir aneinander vorbei. Ein unangenehmes Gefühl beschleicht mich. Soll ich etwas sagen? Ich sage nichts. Im Fahrstuhl entsteht eine Öffentlichkeit, in der man anderen mit einem gewissen Grad an Desinteresse entgegentritt, ohne jedoch Missachtung zu signalisieren. Eine höfliche Nichtbeachtung ist das. Der Soziologe Georg Simmel hat das vor hundert Jahren kommen sehen: „Vor der Entwicklung der Omnibusse, der Eisenbahnen, der Tramway waren die Leute nicht in die Lage gekommen, lange Minuten oder gar Stunden sich gegenseitig ansehen zu müssen, ohne aneinander das Wort zu richten.“ Ohne die Leistung der Bekanntschaftsvermeidung gibt's keine Individualisierung. Ohne höfliche Nichtbeachtung gibt's keine moderne Gesellschaft. Im Fahrstuhl entdeckt man das Gute am Nebeneinander. Das verlogene Miteinander tut nicht gut. Sei es das „Volk“, das zusammenstehen soll, seien es „die Gläubigen“, die alle eins zu seien haben. Die Verwechslung von Gesellschaft mit Gemeinschaft erzeugt ganz schön viele Probleme. Während Gemeinschaften auf persönlichen Beziehungen, verbindender Gesinnung in Familie und Verein beruhen, besteht Gesellschaft aus einem Kreis anonymer Individuen, verbunden mit dem Vertrag. Es



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

ist keine Lösung, dass alle in einer Welt von Gemeinschaft verpflichtet werden, sich Traditionen zu unterwerfen, von denen sie sich gelöst haben oder die nie die ihren waren. Die vorgekünstelte Einheit von quasi familiärer Gemeinschaft im nationalen Großsystem – die Zustimmung sichern will, indem sie Konflikte leugnet – macht Demokratie nicht sichtbar. Sie ist aber auch deshalb problematisch, weil die Rückführung von Gesellschaft in Gemeinschaft äußerst repressive Folgen für die BürgerInnen haben kann. Menschen müssen die Freiheit haben, sich gegen Herkunft oder traditionsbedingte Vorgabe entscheiden zu können. Das ist die Grundlage für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft und wichtig, weil es zeigt, dass wir mehrere Identitäten mit unserer je eigenen Geschichte, unserem Geschlecht, unserer Schichtzugehörigkeit aufweisen. Und Menschen entscheiden können, dass ihre ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit weniger wichtig ist als ihre politische Überzeugung, ihre Rolle als Frau oder gewählte Freundschaften. Wir erreichen den dritten Stock. Im Aufzug entdeckt man das Gute am Nebeneinander. Aber auch das Gegenteil, die Möglichkeit zu kommunizieren. Begegnungen im Fahrstuhl dauern schlicht zu lang, um die höfliche Nichtbeachtung aufrechterhalten zu können. Es ist ein ziemlicher Aufwand, sich in einer Begegnung nicht zu begegnen. Die Verlegenheit ist ein Störenfried im Nebeneinander, ein Hinweis auf unsere Beziehungsfähigkeit.

SONDERECHE

Trends in Policing

Die Polizei greift bei Demonstrationen zu moderneren Taktiken. Aber Achtung: Repression gegen Störenfriede verlagert sich dabei ins Strafrecht.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Die Pegida-Demos in Wien sind einer breiten Öffentlichkeit vor allem wegen übersehener „Hitlergrüße“ in Erinnerung. Dabei hat die Polizei dort taktisch – wie schon bei den Akademikerball-Protesten – sehr viel richtig gemacht. Mit einem Raumkonzept und mobilen Einheiten versucht man neuerdings mit der Beweglichkeit der Twitter-DemonstrantInnen Schritt zu halten. Nur der Demozug, der an den Luxusläden im ersten Bezirk vorbei führte, wurde im engen Polizeispalier gelenkt. Größere Spontanansammlungen wurden vermehrt durch behäbiges Verschieben von Polizeiketten zerstreut, wobei der mobiliätsbedingte Verzicht auf Plexiglasschilder zusätzlich deeskalierte. Traditionell setzte man ja in Österreich auf flächendeckendes Einkesseln der potenziellen Störenfriede. Da kommen oft Unbeteiligte zum Handkuss, und Frontstellungen fördern das gegenseitige Aufschaukeln von Polizei und DemonstrantInnen. In Deutschland hingegen wendet die Polizei schon länger mobile Taktiken an, die ein differenziertes und flexibles Vorgehen erlauben. Sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten dokumentieren Straftaten gezielt auf Video und isolieren die „Störer“ dann mit Greiftrupps. Offenbar ist man in Wien noch nicht ganz so weit. Sonst hätte man die Anwendung des „Deutschen Grußes“ gerichtsfest filmen, die Täter beobachten und zu einem geeigneten (späteren) Zeitpunkt festnehmen können. Denn tatsächlich ist das Ar-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

gument der Polizei, ein Zugriff solle die Situation nicht unnötig aufheizen, aus menschenrechtlicher Sicht nachvollziehbar. Die Versammlungsfreiheit vieler soll nicht wegen der Durchsetzung von Strafverfolgung gegen Einzelne gefährdet werden. Insbesondere dann nicht, wenn der Zugriff auch später erfolgen kann.

Dennoch riecht die Rechtfertigung hier nach Ausrede. Denn offenbar verfügt die Exekutive nicht über das erforderliche Bildmaterial. Außerdem wurden die GegendemonstrantInnen, welche die Pegida-Kundgebung durch eine Blockade behinderten, eingekesselt, einer Identitätsfeststellung unterzogen und mit einer Anzeige nach Paragraf 285 StGB „Störung einer Versammlung“ bedroht. Zu Unrecht. Denn wer einen Demonstrationzug friedlich behindere, müsse keine Strafverfolgung befürchten, sagt der Strafrechtsexperte Helmut Fuchs im Ö1-Mittagsjournal: „Der Paragraf 285 erfasst nur Versammlungen und nicht Aufmärsche und Demonstrationzüge. Wenn die Versammlung bereits an dem Ort ist, wo sie stattfinden kann, dann kann man nicht davon sprechen, dass der Versammlungsraum unzugänglich gemacht wurde.“

Das fügt sich in den zweiten Trend ein, den man neben moderneren Taktiken beim Abwickeln von Versammlungen beobachten kann: Repression gegen Störenfriede wird weniger bei der Versammlung selbst ausgeübt; sie verlagert sich ins Umfeld und wird über das Strafrecht ausgeübt. Da ist Wachsamkeit angesagt.

Integration durch Tafel-löschen?

PolitikerInnen fordern als Antwort auf radikalisierte Jugendliche Geldstrafen und Nachsitzen. Das ist Totalversagen in Reinform.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye, freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Ich dachte, wir wären schon weiter. Dass wir darauf zusteuern, junge Menschen, deren Eltern oder Großeltern anno dazumal nach Österreich gekommen sind, langsam als Österreicher und Österreicherinnen wahrzunehmen. Nicht als Fremde, nicht als Feinde, nicht als Störenfriede. Aber die jüngste Integrationsdebatte, von den roten Landeshauptmännern Franz Voves und Hans Niessl angezündet, von Integrationsminister Sebastian Kurz aufgegriffen und von der FPÖ bejubelt, hat mich eines Besseren belehrt. Wir bewegen uns langsam, aber stetig rückwärts. Es ist so: Im Nahen Osten terrorisiert der selbsternannte „Islamische Staat“ alle Menschen, die ihre menschenverachtende Ideologie nicht teilen. In Europa gibt es eine nicht unerhebliche Zahl junger Menschen, die sich dieser Terrorgruppe angeschlossen haben, um zu kämpfen, zu töten, zu helfen – auch junge Menschen aus Österreich. Leider. Das hat mit Protest- und Jugendkultur, mit Perspektivlosigkeit und Chancengleichheit zu tun, sagen die einen. Das hat mit dem Islam, dem Koran, den tschetschenischen Flüchtlingen, Saudi-Arabien zu tun, sagen die anderen. Ich weiß nicht, warum junge Menschen ausrücken, um Unschuldige zu töten. Aber ich weiß, dass Tafellöschen das Problem nicht lösen wird. Das wissen wohl auch Franz Voves, Sebastian Kurz und die FPÖ – trotzdem fordern sie im Kampf gegen Radikalisierung im Gleichklang Sank-

tionen für Integrationsunwilligkeit. Der Integrationsminister will, dass Eltern, die nicht kooperieren, also etwa nicht zum Elternsprechtag kommen, eine saftige Verwaltungsstrafe bekommen. Und LehrerInnen sollen noch mehr Gewalt über SchülerInnen erhalten. Sie sollen sie für „Dienste am Schulstandort“ – Tafellöschen zum Beispiel – heranziehen können, wenn sie nicht integriert bzw. nicht willig sind. Denn wenn – vornehmlich männliche – Jugendliche mit Wurzeln von „woanders“ Ärger machen, dann nennt man sie nicht „Rotzbuu“, sondern „integrationsunwillig“. Und ein Großteil der Gesellschaft findet nichts dabei, weil er noch immer nicht verstanden hat, dass Integration etwas anderes bedeutet, als Menschen heranzuzüchten, die man gern um sich hat, die höflich, freundlich, nützlich sind. Integration bedeutet Menschen mit denselben Chancen, Rechten und Pflichten auszustatten wie die Mehrheitsbevölkerung. Erfolgreiche Integrationspolitik schafft Rahmenbedingungen, die den sozialen Zusammenhalt stärken, gerade wenn viele unterschiedliche Menschen in einer Gesellschaft zusammenleben. Voves, Kurz und Co. haben sich für einen anderen Weg entschieden: Sie brandmarken ungehobelte Teenager als potenziell radikal und geben den verängstigten Menschen das Gefühl, etwas gegen ihre Probleme zu unternehmen. Das ist ja wahrlich Balsam auf die Seele Verunsicherter, aber nachhaltige Politik sieht anders aus.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Was wollen Hamas und Fatah?

Auf Seite 77 stellt die Autorin eine interessante Frage: „Ist die PLO berechtigt, das Programm eines palästinensischen Kleinstaates zu adoptieren, die Palästinenser dafür zu mobilisieren und damit auf den größten Teil des historischen Palästina zu verzichten?“ Die Hamas, schreibt Helga Baumgarten, lehnt das mit religiösen Argumenten ab. Palästina sei ein „Waqf“, eine unveräußerliche

religiöse Stiftung. Seit mittlerweile 20 Jahren hält Baumgarten eine Professur an der Birzeit-Universität in Palästina, wie kaum jemandem gelingt es ihr, Insiderwissen mit politischer Analyse zu verbinden. Auch in dieser Publikation geht es Baumgarten nicht darum, schnelle und eindeutige Antworten zu produzieren, sondern eine emotionalisierte Diskussion zu strukturieren. Fatah und Hamas, das sind hier zwei Konkurrenten, deren Repräsentationsansprüche innerhalb der palästinensischen Gesellschaft untersucht werden sollen. Baumgarten schafft es mit wenigen Strichen, ein präzises Bild zu zeichnen: von den politischen Strategien gegenüber Israel (größtenteils gescheitert), den Veränderungsprozessen der Apparate, den pragmatischen Seiten im politischen Tagesgeschäft. Wer an einem differenzierten Bild ins-

besondere der Hamas interessiert ist, findet bei Baumgarten eine Analyse ohne ideologische Scheuklappen. Gesellschaftspolitisch repressiv, verbietet Hamas Frauen das Rauchen in der Öffentlichkeit und gemischte Sommerferienlager von Schulkindern. In einem Ringen um die Vorherrschaft gerät die Hamas dabei durch salafistische und andere radikale Splittergruppen immer wieder selbst unter Druck. Zugleich beschreibt Baumgarten demokratiepolitisch gemischte Verhältnisse: Hamas kooperiert mit dem palästinensischen Parlament, während Fatah das faktisch verweigert. Was die Strategie des bewaffneten Kampfes gegen Israel betrifft, so finden sich Fatah und die nationalreligiöse Hamas trotz 20-jähriger Differenzen hier geeint: In der palästinensischen Geschichte waren Verhandlungen immer negativ besetzt. Das palästi-

nensische Gemeinwohl wird damit zugunsten einer – gescheiterten – Doktrin des bewaffneten Widerstandes geopfert. Dass die Hamas Israel zwar als Usurpator ablehnt, aber in keinem ihrer Dokumente – ob Wahlprogramm oder ihre Gründungs-Charta – die Vernichtung Israels fordert, darauf weist Baumgarten die wohl erstaunten LeserInnen hin. Der Befund Baumgartens in einem ebenso locker geschriebenen wie profund analysierten Buch: Beide Parteien stecken in einer politischen Krise, die zugleich eine legitimatorische ist. Die Umsetzung der 1947 völkerrechtlich beschlossenen Zweistaatenlösung ist weiter entfernt als je zuvor. *gun*

Helga Baumgarten
Kampf um Palästina – Was wollen Hamas und Fatah?
 Herder Verlag 2013
 224 Seiten, 9,99 Euro

BUCH



Die Identitätsfalle

Mit Identität wird derzeit viel Politik gemacht, vor allem von rechts. Wie problematisch das ist, wird in der Publikation des Nobelpreisträgers Amar-

tya Sen deutlich. 2006 erschienen, heißt das Buch im Original „Identity and Violence“. Schon im Titel ist zu erkennen, dass Identität und Gewalt zusammenhängen. Sen problematisiert eine Dynamik, die Menschen beispielsweise nur auf ihre Religion reduziert. Deswegen passt „Die Identitätsfalle“ auch so gut in diese MO-Ausgabe. Wo Identitäten wie Klasse, Geschlecht, Sprache, Beruf, Wissenschaft oder Moral ausgeblendet werden, werden Menschen in einem quasipolitischen Spiel zum Muslim, zum Christen, zum Juden. In einer Welt, die aber ausschließlich

als Ansammlung von Religionen (oder „Kulturen“) wahrgenommen wird, findet, wie Sen treffend schreibt, eine „Verkürzung des Menschen“ statt. Sie wird zum Kampfbegriff und zum Kriterium der Politik, ob Flüchtlingen geholfen wird oder nicht, wie zuletzt im Fall der Jesiden aus Syrien. Und selbst Probleme oder Gewalt können nur noch auf dieser Ebene „gelöst“ werden. „Religiös begründete Gewalt“, schreibt Sen, „wird dann am Ende nicht durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft bekämpft, sondern durch die Einsetzung von ‚gemäßigten‘

Religionsführern, die die Extremisten in einer innerreligiösen Auseinandersetzung besiegen sollen.“ Sens Buch lässt sich vor dem Hintergrund der Huntington'schen Kulturkampf-These lesen, die heute in der Form des identitär verkürzten Menschen als politisches Schreckgespenst fortlebt. *red*

Amartya Sen
Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt
 Dtv Verlag, 2012
 208 Seiten, 9,90 Euro

SPOTLIGHT

Die Liebe zum Eigenen

Wie die völkische Gruppierung der „Identitären“ versucht, alten Ideen ein neues Gewand überzuziehen und doch den modrigen Geruch nicht loswird.

TEXT: CLARA DREXLER

Am 14. September 2014 findet sich eine Gruppe Vermummter vor dem Stephansdom ein. In Burkas und Tarnuniformen gehüllt, setzen sie zwei knienden jungen Menschen in Jeans Messer an den Hals. Wenig später liegen diese – scheinbar leblos – am Boden.

Mit Aktionen wie dieser will die Identitäre Bewegung (IB) gegen die angebliche Islamisierung Europas protestieren. Ein Kernanliegen der laut Eigendefinition „friedlichen, patriotischen Jugendbewegung“ ist der Erhalt der „ethnokulturellen Identität unseres Volkes“. Ihre große Angst ist der „Bevölkerungsaustausch durch fremde Einwanderer“, die für sie „kulturell und religiös und ethnisch völlig fremde Menschen“ sind. Zu den wesentlichen Forderungen der IB Österreich gehört daher eine Volksabstimmung (bzw. Volksbefragung, darüber ist man sich noch uneins) über einen Zuwanderungsstopp.

Zum Aktions-Repertoire der netzaffinen Bewegung gehören bisher hauptsächlich Störaktionen gesinnungsfremder Veranstaltungen. Im Februar 2013 drangen Mitglieder der Gruppierung in die Votivkirche ein und kündigten vollmundig an, so lange bleiben zu wollen, bis auch die dort im Hungerstreik befindlichen Flüchtlinge wieder verschwunden sind. Doch die jungen „identitären“ Männer hielten es in der kalten Kirche schlussendlich nur wenige Stunden aus.

Ausgangspunkt der einsamen Retter des Abendlandes ist der 2003 in Frankreich gegründete bloc identitaire, ein Zusammenschluss der Unité radicale – die aufgrund ihres virulenten Antisemitismus 2002 verboten wurde – und den rechtsextremen



„Die ethnokulturelle Identität unseres Volkes...“

Jeunesses Identitaires. In den Folgejahren entstanden in Europa weitere identitäre Gruppierungen, in Frankreich die Génération Identitaire, im deutschsprachigen Raum allen voran die Wiener Identitäre Richtung W.I.R. mit Alexander Markovics und Martin Sellner, heute Vorsitzende der IB Österreich bzw. IB Wien. Das gemeinsame Logo: der griechische Buchstabe Lambda, in Gelb-Schwarz gehalten. Aufgrund ihrer historischen Bezüge werden die Identitären meist der Neuen Rechten zugeordnet, die von ExpertInnen teils als Erneuerungsbewegung, teils jedoch als reine Tarnung verstanden wird. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) stuft sie als rechtsextrem ein. Aufgrund ihrer militanten Grundhaltung und europaweiten Vernetzung zur einschlägigen Szene seien sie weiters dem Neofaschismus zuzuordnen. Da hierzulande das rechtsextreme Potenzial durch die FPÖ aber weitgehend abgedeckt sei, so Andreas Peham vom DÖW, müsse man sich vor den Identitären nicht fürchten – es sei denn, vor der Motivation zu Gewalttaten.

Nazis, Rassisten und Krawallmacher seien sie bestimmt keine und „genau gar nicht extremistisch“, so Markovics, Vorsitzender der IB Österreich. „100% Identität“ und „0% Rassismus“ heften sie sich auf ihre Fahnen, was angesichts der unzähligen Verbindungen zur deutschnationalen, rechtsextremen und neonazistischen Szene skurril anmutet. Markovics, der Markowitz ausgesprochen werden möchte, ist Mitglied der als rechtsextrem eingestuften Burschenschaft Olympia, die auch mal den Holocaust-Leugner Irving als Redner einlud. Sellner ist Betreiber des Versandhandels „Phalanx-Europa“, der schicke T-Shirts mit Aufschriften wie „Schmiss happens“ und „Lampedusa Coastguard“ vertreibt. Für Sellner „ist ein Österreicher ein Österreicher, und ein Türke bleibt auch ein Türke, auch wenn man ihm einen österreichischen Pass hinterher schmeißt.“ Auch zur antimuslimischen PEGIDA besteht ein ideologisches und personales Naheverhältnis. Georg Immanuel Nagel beispielsweise schwang letzten Frühling – bevor er zum PEGIDA-Wien-Sprecher auserkoren wurde – mit den Identitären die Fahnen. Und doch werden die „bio-deutschen“ Burschen nicht müde, darauf zu pochen, weder links noch rechts zu sein, es gehe ihnen einzig um die „Liebe zum Eigenen“. Eine ähnliche Rhetorik kennt man von der FPÖ, zu der es zahlreiche Querverbindungen gibt.

Tipp: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Bruns, Glösel, Strobl. Unrast, 2014.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Aktionsplan gegen Steueroasen

Autor Gabriel Zucman bezeichnet die Schweiz als eine der drei wichtigsten Steueroasen der Welt. 2014 bunkerten EuropäerInnen Schätzungen zufolge 1.000 Milliarden Euro allein auf Schweizer Bankkonten.

Durch erste Abkommen mit der Schweiz sei das Problem aber nicht gelöst, so Zucman. Von Jänner bis März haben zwar 13.000 nicht deklarierte KontoinhaberInnen Selbstanzeige erstattet, mit einem durchschnittlichen Vermögen von 100.000 Euro seien das aber nur die kleinen Fische.

Zig Millionen Konten weltweit – von den britischen Kanalinseln bis Delaware (USA), Shanghai und den Cayman Islands – bleiben ungestraft. Selbst Luxemburg ist erst 2015 bereit, mit Steuerbehörden zu kooperieren. Zucmans Befund in seinem äußerst knapp gehaltenen Buch: Wir stehen im Kampf gegen Steueroasen und Steuerflucht ganz am Anfang. Zucman, ein Mit-

arbeiter von Thomas Piketty, skizziert, warum die Steueroasen den Kern der europäischen Krise bilden – und fügt hinzu, dass der internationale Finanzkapitalismus ohne Steueroasen eine Utopie sei. Weil die Zusagen der Steueroasen viel zu vage und die Kontrollmöglichkeiten zu schwach sind, macht Zucman einen Aktionsplanvorschlag. Dieser beginnt mit der Schaffung eines weltweiten Wertpapierregisters: Dieses soll ausweisen, wer welche Aktien und Anleihen besitzt, um Vermögen tatsächlich besteuern zu können. Und setzt sich fort mit der Forderung, Sanktionen gegen Steueroasen einzuführen. Diese können bis zu Zöllen und einem Finanzembargo (wie im Fall des Schattenfinanzen-Im-

periums Luxembourg) reichen. Legitim sei das allemal: Schon allein die Zölle würden jenen Kosten entsprechen, die das Bankgeheimnis der Steueroasen anderen Ländern verursacht. Ein faktenreicher, nüchterner und dennoch großer Entwurf. *red*

Gabriel Zucman
Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird
 Suhrkamp 2014
 96 Seiten, 14 Euro

BUCH



Spurensuche

Der Schriftsteller René Freund, der Sohn von Gerhard Freund, dem ersten ORF-Generaldirektor nach dem Zweiten Weltkrieg, hat sich auf persönliche und behutsame Weise mit dem Kriegstagebuch seines Vaters

auseinandergesetzt. Gerhard Freund war ein Deserteur, gehörte zu jenen Wehrmachtssoldaten, die jahrzehntlang als „Kameradenmörder“ und Feiglinge“ diffamiert wurden. Jene Soldaten, die meistens zu Tode verurteilt wurden und bis 2014 auf ein eigenes Denkmal warten mussten. Freund wurde mit 18 Jahren eingezogen und desertierte im August 1944 in Paris. Er verstarb früh, sodass sein Sohn ihm viele Fragen nicht mehr stellen konnte, zum Beispiel: „Hast du einen anderen Menschen erschossen?“ Von sich aus hat diese Generation kaum etwas erzählt. Jahrzehnte später begibt sich Freund anhand eines bruchstückhaften Tagebuchs auf Spurensuche, akribisch und entschlossen geht

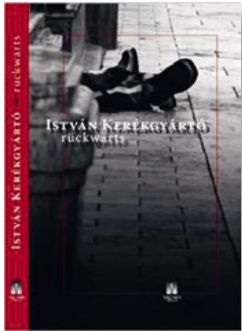
er vor. Mit seiner Frau und den beiden Kindern besucht er Paris, fährt mit ihnen auf die Soldatenfriedhöfe von Verdun und in der Normandie. Statt den Vater zu fragen, befragt er sich selbst und lässt den Leser daran teilhaben. Das Buch ist durchzogen von den großen Fragen um Frieden und Krieg: Wie würde man sich selbst verhalten – auch desertieren oder gehorsam sein? Steht es uns Nachgeborenen zu, über jene Generation ein Urteil zu fällen? Freund schildert detailliert, was es bedeutete, am „D-Day“ am Strand der Normandie als Soldat zu landen, was es hieß, als deutscher Soldat auf der anderen Seite zu stehen, und wie grauenvoll und verlustreich die Schlacht in Verdun im Ers-

ten Weltkrieg war. Freund ist auf diese Weise seinem Vater näher gekommen, doch trotz intensiver Recherche bleibt im Dunkeln, welche Gründe ausschlaggebend für die Desertion seines Vaters waren. Doch man kann es erahnen und verstehen und sich selbst befragen, wie weit man mitmacht, wo man selbst die Grenze zieht. *Eva Bachinger*

René Freund
Mein Vater, der Deserteur. Eine Familiengeschichte.
 Deuticke 2014
 208 Seiten; 19,50 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



rückwärts

Seit der Jahrtausendwende schreibt der ehemalige Philosophieprofessor, Geschäftsmann und Regierungsmitarbeiter István Kerékgyártó Geschichten, die durch verschiedene Lebenswelten der ungarischen Gesellschaft führen. Auch das 2012 in der ungarischen Originalversion und im Vorjahr in der deutschen Übersetzung erschienene Buch „rückwärts“ beginnt bzw. endet im heutigen Ungarn und führt durch Welten großer ökonomischer Hoffnungen und fehlender sozialer Sicherheit.

Kerékgyártó beginnt seinen Roman mit dem Fund der namenlosen Leiche des Hauptcharakters. Der Mann wird nach einer kalten Winternacht nackt, verwahrlost und mit viel Alkohol im Blut auf einer Parkbank gefunden: Tod durch Erfrierung. Die Budapester Polizei beschäftigt sich nur kurz mit dem offensichtlichen Fremdeinwirken auf den Tod des glücklosen Mannes – vor allem weil sich auch sonst niemand für sein Ableben zu interessieren scheint. Mit jedem der 18 Kapitel macht der Autor einen Sprung rückwärts im Leben dieser Leiche. Vom obdachlosen Bettler, der nur als

„der Lahme“ identifiziert werden kann, wird er zum desillusionierten Nachtwächter Zsolt Vidra. Aus einem gescheiterten Kleinkriminellen wird er zum ambitionierten Gastgewerbelehrling. Vom Einzelgänger, für den sich niemand interessiert, zum Freund, Ehemann, Vater oder Sohn. Mit fast jedem der Rückwärtssprünge steigen Zsolt Vidras Hoffnungen und Chancen auf ein glückliches und erfülltes Leben. Es wird immer klarer, dass alle unglückliche Wendungen in Richtung des traurigen Ausgangs seiner Biografie solche sind, die nie ausschließlich auf schlechte oder falsche Entscheidungen zurückzuführen sind. Mit jedem Sprung zurück wird es leichter, sich in die Lage von Zsolt Vidra hineinzuversetzen und sich mit dem unglücklichen Hauptcharakter zu identifizieren.

Die knapp 200 Seiten sind schnell gelesen, es fällt schwer, das Buch zwischendurch zur Seite zu legen. Auch wenn die Erzählweise keine Hoffnung auf ein Happy End aufkommen lässt, erwartet man die Rückwärtssprünge mit Spannung. „rückwärts“ regt an, nach Biografien zu fragen, statt zu be- und zu verurteilen.

István Kerékgyártó
rückwärts
Nischen Verlag 2014
174 Seiten, 18,80 Euro



Foto: Tatjana Petrovic

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Nezar Zraik stammt aus Syrien. Seit Dezember 2014 lebt er in der privaten Flüchtlingsunterkunft von Tatjana Petrovic in Seiersberg, Graz. Mit anderen Flüchtlingen organisierte er Ende Jänner eine Umarmungsaktion für Toleranz und Respekt.

5 Dinge, die mein Leben in Syrien von meinem Leben in Österreich unterscheiden:

- 1 In Syrien habe ich studiert, aber keine Zukunft gesehen. Jetzt habe ich wieder große Hoffnung.
- 2 Echte Träume waren fast unmöglich. Ich hatte das Gefühl, es sei nicht mein Recht, Träume zu haben.
- 3 Hier kann ich daran arbeiten, das zu erreichen, was ich mir wünsche.
- 4 In Syrien fühlte ich mich nicht sicher genug, um das tun zu können, was ich gerne tue.
- 5 Jetzt gibt es wieder einen Grund zu leben, zu arbeiten und zu studieren.

5 Ziele, die ich in Österreich habe:

- 1 Mir meinen Traum erfüllen und studieren.
- 2 Alles lernen, was ich brauche, um ein erfolgreicher Mensch zu werden.
- 3 Eine Arbeit finden, die gut zu mir passt und mir ein besseres Leben ermöglicht.
- 4 Mich vor all den Gefahren, die mich bedrohen, sicher fühlen.
- 5 Dieselben Rechte haben wie andere Menschen, die hier leben.

Und sonst?

Möchte ich sagen, wie sehr ich meine Familie, meinen Vater, meine Mutter und meine Brüder vermisse.

Flexibel im Format. Unbeugsam im Inhalt.

KOMPAKT

E-PAPER

DER STANDARD

Österreich leidet hochwettbewerblich um Hilfe bei Aufforstung in Georgien
THEMA Seite 2

Song Contest 2015: Wien macht das Rennen
 Entscheidung des ORF-Chefs
Seite 21

Eva-Sonda Rosetta glückt dem Rendezvous mit dem Kometen
Seite 25

DONNERSTAG, 7. AUGUST 2014 | ÖSTERREICH UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,20

Italien: Kein Geld für den Bau des Brennerbasistunnels

Entscheidung stellt Bahnstrecke infrage
 Priorität für 14 andere Verkehrsprojekte

Rom/Wien – Dem Brennerbasistunnel wird im italienischen Verkehrsministerium keine Priorität mehr eingeräumt. Er fällt einer Liste mit 14 Vorzugsprojekten für den Infrastrukturausbau mit einem Volumen von 11 Milliarden Euro, die vom Minister für die öffentlichen Arbeiten, Francesco Saverio Cossiga, vorgelegt werden soll. Auf STANDBY-Anfrage bestätigte das Ministerium, dass das Tunnelprojekt, besonders der zentrale Abschnitt zwischen Innsbruck und Verona, „ausreichend „verrentet“ auf die Liste.

Verkehrsprojekte müssen als Grund für die „Verrentung“ des Brenner auch andere Tunnelprojekte, Gotthard und Genoa-Tunnel würden dem Nord-Süd-Verkehr anfangen und die Basis für den Brennerzunnel untergraben.

HEUTE MIT **100%**
 Türkei: Kurde kandidiert
 Staatsanwalt ermittelt
 Salzburg im Playoff

Nach einem Entfallungen über mehrere US-Programme machen US-Behörden Jagd auf einen weiteren Whistleblower.
Seite 5

Salzburg im Playoff
 Fußballer der Red Bull Salzburg hat durch ein 2:0 gegen Karabük Agilars das Playoff für Champions League erreicht.
Seite 20

Zitat des Tages
 „Die internationalen Konkursverordnungen im Insolvenzrecht sind härter als Irländs.“
 Johannes Nöcker, Manager der Wiener Stadthaus.
Seite 22

STANDARDS

Städte, Räte	8,9
Sport	10,0
Theater/Kino	23,24
TV, Switch	24
Wetter	5
Arbeitslos	14,29
Selbst	13,29
Öster.	17,10
16 bis 24	13,3
25 bis 34	13,3
35 bis 44	13,3
45 bis 54	13,3
55 bis 64	13,3
65 bis 74	13,3
75 bis 84	13,3
85 bis 94	13,3
95 bis 100	13,3

9 825206 027035

Hoher Staatsbesuch in Wien



Auf seiner Zweigerten steuert der French Impulsist direkt auf „Trenni“ zu. Im Text umgesetzt bei einer von Gabriel Garcia Marquez inspirierte Geschichte der Brasilianer Janet Ivo. Er geht um eine von der eigenen Moderatorin (im Bild: Schauspielerin Cläre Quevedo) in die Produktion eingeworfene Jugendliche. Bis zum 17. August wird Impulsist an anderen noch Stück von u. Lloyd Newson, Anne Jansen und Jérôme Bel

Rechtsextreme zeigen vertrauliches Dokument aus dem Abwehramt

Wien – Die rechtsextreme Weiße Alpen-Donau-Informelle hat ein vertrauliches Korrespondenzdokument zwischen Abwehramt und Verteidigungsministerium, dem das Abwehramt untersteht, hat Nachforschungen angestellt. Das Dokument, das den Streit, auch Zweifelsfrage zu vermindern“ trägt, soll durch Aktivistin der Weißen Alpen-Donau-Informelle im August 2012 an die Medien weitergegeben worden sein. Die Dokumente sind im Internet veröffentlicht worden. Die Dokumente sind im Internet veröffentlicht worden.

Immer mehr Sonderschüler
 Behindertenausschuss fordert Schulschließung

Wien – Immer mehr junge Menschen in Österreich werden in die Sonderschulen geschickt oder sind dort. Die Sonderschulen sind im Schuljahr 2009/10 insgesamt 28.072 Schüler als sonderpädagogisch Förderungsbedürftig. 2012/13 waren schon 30.783. Fast die Hälfte von ihnen, 15.894, lernen an Sonderschulen. Tendenz steigend.

Sanktionen gegen Westen
 Patin erlöst Importstopp für Agrarprodukte

Brüssel/Wien/Moskau – Die Ukraine-Krise hat sich am Mittwoch verschärft. Während die Nato vor möglichen Kernkraft-Pfützen Russlands im Osten der Ukraine warnte, hat Moskau Gegenmaßnahmen für Produkte aus dem Westen erlassen. Laut einem Dokument, das Präsident Wladimir Putin am Abend erlassen hat, sind Agrarprodukte aus dem Westen, die sich an den Sanktionen gegen Moskau befinden, eingeschränkt worden. Laut der Agentur RIA Novosti soll es sich bei den Waren um alle Agrarprodukte aus den USA und um Obst und Gemüse aus der EU handeln.

Staatssanwalt
 Sie sind ein guter Staatsanwalt und Demokrat. Sie zeigen nachdenkliche Umtriebe an, konzentriert auf der nationalen Weißen Alpen-Donau-Informelle. Und dann stehen auf der Website Ihre persönlichen Daten mit dem Auftragsgeber zusammengefasst. Die Behörden der Website in den nicht rechtskräftig vorverurteilt.

RAU
 Konsumverbot war nach Staatsanwalt im Fall Rumpold/Enzinger. Geront Rumpold, einst langjähriger Mann für Geheime Dienste, hat sich mit Staatsanwalt Kronenwetter stellen zu, ohne irgendeine Rolle zu spielen.

Trätkirchen-Wirbel um mutmaßlichen Syrienkämpfer
 Fränkchen/Lein – Im Erststadium des Trätkirchen-Wirbels soll ein syrischer Flüchtling von anderen Syrern, die in Österreich am Asyl ersucht haben, als Kämpfer im syrischen Bürgerkrieg, der von mehreren Mordanschlägen gemacht haben soll, erkannt worden sein. Das heißt die ein Innenministerium. Dienstagabend sei es in Trätkirchen-Anstalt zu Protesten von Syrern gekommen, die die Festnahme des Mannes forderten. Der Vorfall sei daraufhin ins Polizeischweigen Wiener Bericht gestellt worden.

Qualität in jeder Form.
 Jetzt 5 Wochen gratis testen: derStandard.at/abo

DER STANDARD KOMPAKT

Eva-Sonda Rosetta glückt Rendezvous mit dem Kometen
Seite 18, 21

Rechtsextreme zeigen Dokument aus dem Abwehramt

Wien – Die rechtsextreme Weiße Alpen-Donau-Informelle hat am Dienstag ein vertrauliches Korrespondenzdokument zwischen Abwehramt und Verteidigungsministerium, dem das Abwehramt untersteht, in die Medien veröffentlicht. Das Dokument, das den Streit, auch Zweifelsfrage zu vermindern“ trägt, soll durch Aktivistin der Weißen Alpen-Donau-Informelle im August 2012 an die Medien weitergegeben worden sein. Die Dokumente sind im Internet veröffentlicht worden.

Immer mehr Sonderschüler
 Behindertenausschuss fordert Schulschließung

Wien – Immer mehr junge Menschen in Österreich werden in die Sonderschulen geschickt oder sind dort. Die Sonderschulen sind im Schuljahr 2009/10 insgesamt 28.072 Schüler als sonderpädagogisch Förderungsbedürftig. 2012/13 waren schon 30.783. Fast die Hälfte von ihnen, 15.894, lernen an Sonderschulen. Tendenz steigend.

Sanktionen gegen Westen
 Patin erlöst Importstopp für Agrarprodukte

Brüssel/Wien/Moskau – Die Ukraine-Krise hat sich am Mittwoch verschärft. Während die Nato vor möglichen Kernkraft-Pfützen Russlands im Osten der Ukraine warnte, hat Moskau Gegenmaßnahmen für Produkte aus dem Westen erlassen. Laut einem Dokument, das Präsident Wladimir Putin am Abend erlassen hat, sind Agrarprodukte aus dem Westen, die sich an den Sanktionen gegen Moskau befinden, eingeschränkt worden. Laut der Agentur RIA Novosti soll es sich bei den Waren um alle Agrarprodukte aus den USA und um Obst und Gemüse aus der EU handeln.

Staatssanwalt
 Sie sind ein guter Staatsanwalt und Demokrat. Sie zeigen nachdenkliche Umtriebe an, konzentriert auf der nationalen Weißen Alpen-Donau-Informelle. Und dann stehen auf der Website Ihre persönlichen Daten mit dem Auftragsgeber zusammengefasst. Die Behörden der Website in den nicht rechtskräftig vorverurteilt.

RAU
 Konsumverbot war nach Staatsanwalt im Fall Rumpold/Enzinger. Geront Rumpold, einst langjähriger Mann für Geheime Dienste, hat sich mit Staatsanwalt Kronenwetter stellen zu, ohne irgendeine Rolle zu spielen.

Trätkirchen-Wirbel um mutmaßlichen Syrienkämpfer
 Fränkchen/Lein – Im Erststadium des Trätkirchen-Wirbels soll ein syrischer Flüchtling von anderen Syrern, die in Österreich am Asyl ersucht haben, als Kämpfer im syrischen Bürgerkrieg, der von mehreren Mordanschlägen gemacht haben soll, erkannt worden sein. Das heißt die ein Innenministerium. Dienstagabend sei es in Trätkirchen-Anstalt zu Protesten von Syrern gekommen, die die Festnahme des Mannes forderten. Der Vorfall sei daraufhin ins Polizeischweigen Wiener Bericht gestellt worden.

Qualität in jeder Form.
 Jetzt 5 Wochen gratis testen: derStandard.at/abo

DER STANDARD

Italien: Kein Geld für den Bau des Brennerbasistunnels
 Entscheidung stellt Bahnstrecke infrage
 Priorität für 14 andere Verkehrsprojekte

Rechtsextreme zeigen vertrauliches Dokument aus dem Abwehramt

Immer mehr Sonderschüler
 Behindertenausschuss fordert Schulschließung

Sanktionen gegen Westen
 Patin erlöst Importstopp für Agrarprodukte

Staatssanwalt
 Sie sind ein guter Staatsanwalt und Demokrat. Sie zeigen nachdenkliche Umtriebe an, konzentriert auf der nationalen Weißen Alpen-Donau-Informelle. Und dann stehen auf der Website Ihre persönlichen Daten mit dem Auftragsgeber zusammengefasst. Die Behörden der Website in den nicht rechtskräftig vorverurteilt.

RAU
 Konsumverbot war nach Staatsanwalt im Fall Rumpold/Enzinger. Geront Rumpold, einst langjähriger Mann für Geheime Dienste, hat sich mit Staatsanwalt Kronenwetter stellen zu, ohne irgendeine Rolle zu spielen.

Trätkirchen-Wirbel um mutmaßlichen Syrienkämpfer
 Fränkchen/Lein – Im Erststadium des Trätkirchen-Wirbels soll ein syrischer Flüchtling von anderen Syrern, die in Österreich am Asyl ersucht haben, als Kämpfer im syrischen Bürgerkrieg, der von mehreren Mordanschlägen gemacht haben soll, erkannt worden sein. Das heißt die ein Innenministerium. Dienstagabend sei es in Trätkirchen-Anstalt zu Protesten von Syrern gekommen, die die Festnahme des Mannes forderten. Der Vorfall sei daraufhin ins Polizeischweigen Wiener Bericht gestellt worden.

Qualität in jeder Form.
 Jetzt 5 Wochen gratis testen: derStandard.at/abo

3 WOCHEN GRATIS TESTEN!

GLEICH BESTELLEN: derStandard.at/Testlesen



Die Zeitung für Leser

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

DEMOKRATIE

Pass egal Wahl 2015

Am 24. September 2013 fand erstmals in Österreich eine „Pass egal Wahl“ statt. Fünf Tage vor der offiziellen Nationalratswahl konnten alle, die in Österreich leben, aber keinen österreichischen Pass besitzen, ihre Stimme abgeben. Menschen aus mehr als 66 Ländern folgten dem Aufruf von SOS Mitmensch.

Dieses Jahr finden in Wien „Bürgermeisterwahlen“ statt. Ein Viertel der Wiener Wohnbevölkerung ist von der Wahl ausgeschlossen.

sen. Gegen diesen Demokratieverstoß will SOS Mitmensch erneut ein deutliches Zeichen setzen.

Dafür brauchen wir Ihre Mithilfe: Wenn Sie bereit sind, für die Wiener Pass Egal Wahl 2015 mit zu mobilisieren oder zu spenden, dann schreiben Sie bitte an office@sosmitmensch.at oder besuchen Sie unsere Webseite www.sosmitmensch.at. Ihre Mithilfe ist entscheidend!



Wahlwien Steermann bei Pass egal Wahl.

BENEFIZAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

Steigern Sie mit – am 5. Mai 2015!



Kunst mit Anspruch.

Bereits zum 15. Mal findet die kuratierte Benefizauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche namhafte

KünstlerInnen haben unentgeltlich ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt. Das breite Angebot umfasst an die 110 Zeichnungen, Drucke, Gemälde, Kunstbücher, Fotoarbeiten und Skulpturen. Dafür unseren herzlichen Dank an alle KünstlerInnen!

Ab Anfang April werden die Kunstwerke, die Versteigerungsbedingungen sowie der druckfrische Katalog auf der Homepage von SOS Mitmensch veröffentlicht:

www.sosmitmensch.at. Alle, die sich schon vor dem Auktionsabend ein Bild machen möchten, können die Arbeiten ab Mittwoch, den 29. April während der Öffnungszeiten des Kassensaals wochentags von 10.00 bis 17.00 Uhr besichtigen. Mit-

gesteigert werden kann vor Ort, telefonisch oder durch eine schriftliche Gebotsabgabe vor der Auktion.

Der Verein SOS Mitmensch ist eine steuerbegünstigte Organisation. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Kauf einer Arbeit im Sinne der Spendenabsetzbarkeit steuerlich zu nützen. Bitte fragen Sie rechtzeitig Ihre/n SteuerberaterIn oder Ihr Finanzamt.

Dienstag, 5. Mai 2015

Beginn: 19.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)

Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse / BAWAG P.S.K.

Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

Alle wollen strafen

Gute Schulen zeigen, dass die Einbindung der Eltern in das Schulgeschehen sehr wichtig ist – und mit entsprechendem Know-how und Einsatz ganz ohne Strafandrohung funktioniert. Einige PolitikerInnen statten diesen vorbildlichen Schulen sogar einen Besuch ab. Geredet wird dennoch weiterhin nur über eines: Strafen. Ein Armutszeugnis.

Ute-Bock-Preis für Zivilcourage

Am 3. März wurde von SOS Mitmensch zum 12. Mal der Ute-Bock-Preis für Zivilcourage verliehen. Der Preis ging an den Kärntner Siegfried Stupnig für seinen herausragenden Einsatz für die Lebensperspektiven tschechischer Flüchtlinge sowie an die Wiener Initiative „Flucht nach vorn“ für ihre tolle ehrenamtliche Jugendarbeit.

Arbeitsplätze durch Zukunftsbudget

Die Allianz „Wege aus der Krise“ zeigt, wie die Arbeitslosigkeit in Österreich nahezu halbiert werden könnte. Durch Investitionen, Arbeitszeitverkürzung, Entlastung kleiner Einkommen und eine sozial-ökologische Steuerreform. Die Pläne gibt es, was fehlt, ist die Umsetzung. Mehr Infos auf: www.wege-aus-der-krise.at.



Programm für die Zukunft.

ANDERE ÜBER ...

Totalversagen der EU

Der Libanon hat Flüchtlingen aus Syrien 700 mal mehr geholfen als Europa, sagt Amnesty-Chef Heinz Patzelt.



Illustration: Petja Dimitrova

Ich sage ganz offen: Ich finde es widerwärtig, nicht nur von der spezifisch österreichischen, sondern von der Politik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die so gerne eine Wertegemeinschaft sein wollen, dass man das Ertrinken im Mittelmeer dafür einsetzt, den Flüchtlingszugang nach Europa zu limitieren. Das wirklich engagierte Projekt Mare Nostrum der italienischen Marine, der Küstenwache und des Staates wurde von der EU sogar abgedreht und durch einen neuerlichen Frontex-Einsatz ausgetauscht. Die Devise lautet jetzt wieder abschrecken – unter jeder denkbaren Form von Völkerrechtsbruch. Auf Ertrinkungstod statt Asylverfahren zu setzen ist wirklich das widerwärtigste, was bisher in diesem Bereich passiert ist. Das ist ein totales humanitäres Versagen der reichsten Gegend der Welt gegenüber einem ganz kleinen Anteil von Flüchtlingen aus den barbarischsten Zuständen. Wie kann sich ein europäischer Politiker noch in den Spiegel schauen, der solchen Programmen zustimmt? Die Politik redet der Bevölkerung dabei ständig ein, dass Europa einen großen Teil der Flüchtlingshilfe leistet. Und es finden sich Medien, die diesen tödlichen Schwachsinn auch noch reproduzieren. Wichtig wäre, der Bevölkerung klar zu machen, wie klein das Problem für uns ist. Und in welchem Ausmaß man in Afrika hilft, in Tansania, einem der ärmsten Länder der Welt, wo man Hunderttausende Flüchtlinge notdürftig aber mit offenem Herzen aufgenommen hat. Oder im Libanon, wo eine Million Flüchtlinge leben.

Der Libanon, der wirtschaftlich selbst schwer angeschlagen ist, hat 715 mal mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, als es in den vergangenen drei Jahren in der gesamten EU Asylanträge von und Resettlementplätze für Syrer gegeben hat. Bislang haben die Regierungen der EU – abgesehen von Deutschland – erst 0,17 Prozent der fast vier Millionen Flüchtlinge dauerhaften Aufenthalt zugesagt. Ich halte die Panikmache in Österrei-

ch und die Forderung von vermehrten Grenzkontrollen für hochgradig lächerlich. Unser aktuelles Betreuungssystem ist auf ca. 40.000 Betroffene ausgerichtet, es kann den derzeit vorhersehbaren Bedarf also problemlos abdecken. Allein wenn Niederösterreich seinen Job machen würde, wäre das Problem um 2.000 Leute kleiner. Alle Bundesländer könnten mehr leisten, wenn nicht ständig getrommelt würde, dass es dabei um eine Belastung für die Gemeinden geht. Und wenn Österreichs Außenminister, der in der Krisenregion war, darauf hinweist, dass man 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt hätte, dann kann ich darauf nur antworten: Schauen Sie sich die österreichischen Budgetzahlen an. Wer nicht mehr als diesen Betrag zustande bringt, sollte besser gar nicht darüber reden. Natürlich ist 1 Mio. Euro für einen Arbeitslosen viel, aber man sollte das in Relation zu den Milliarden-Beträgen setzen, die für den einen oder anderen politischen Zweck vergeben werden. Man versucht sich hier, mit Dumpingpreisen freizukaufen. Bis jetzt haben es 5-6.000 syrische Flüchtlinge tatsächlich nach Österreich geschafft und die Reaktion einiger Landeshauptleute ist, das Bundesheer an die Grenzen zu stellen. Anstatt die Leute so gut wie möglich zu versorgen, so dass die einmal durchatmen können. Es geht hier auch um Mütter und ihre Kinder. Ob Anspruch auf Asyl besteht, kann danach immer noch geprüft werden. Ich gebe zu, das alles macht mich wirklich zornig. Die EU-Staaten produzieren Richtlinien zur Asylgesetzgebung und höhlen sie mit der größten Selbstverständlichkeit wieder aus. Allein die Kurden haben zehntausende Menschen aufgenommen, der kurdische Außenminister meinte: Wir wissen, was es heißt, vertrieben zu werden. Dort fragt niemand danach, ob jemand Christ, Moslem, Kurde oder Atheist ist. Dort bietet man mit einfachsten Möglichkeiten Schutz. Während Europa unter einer lächerlichen Anzahl an Betroffenen ächzt.

ZUR PERSON

Heinz Patzelt

Heinz Patzelt, 1957 in Wien geboren, ist Jurist und seit 1998 Generalsekretär von Amnesty International Österreich. Davor hat er in einer Anwaltskanzlei, einer Werbeagentur und einem Software-Unternehmen gearbeitet. Er war viele Jahre ehrenamtlich bei den Maltesern als Rettungsfahrer, in der Behinderten-Betreuung und im Katastrophenschutz im Einsatz.



G'scheiter lernt weiter.

In Wien ist „Lebenslanges Lernen“ Programm.

Das Programm ist bunt, der Einstieg leicht: Seminare, Kurse, Lehrgänge, Büchereien und vieles mehr laden in Wien dazu ein, etwas dazuzulernen. Auf www.bildung.wien.at finden Sie den Überblick über Schulen und KursanbieterInnen. Wussten Sie, dass die Stadt Wien viele Weiterbildungen fördert? Lesen Sie nach. Es zahlt sich aus.

Haben Sie Fragen zu diesem Thema? www.wienwillswissen.at



Wien. Die Stadt fürs Leben.

StaDt  Wien



YOUR CHOICE

KUNSTAUKTION 2015



KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST zugunsten von **SOS MITMENSCH**

Dienstag, 5. Mai 2015, 19.00, Großer Kassensaal der BAWAG P.S.K., Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien